Manfred Treml

Vom „neuen Bayern“ zur Stadterhebung (1799–1864)

Der Weg in das „neue Bayern“

Der moderne bayerische Staat des 19. Jahrhunderts war geprägt vom Geist der Aufklärung und von den Folgen der Französischen Revolution; geformt aber wurde er durch den Einfluss Napoleons und vor allem durch die starke Hand des führenden Politikers dieser Jahre, Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas, der in einer „Revolution von oben“ das neue Staatswesen schuf.

Bei Ausbruch der Französischen Revolution im Jahre 1789 befand sich in Pfalz-Bayern die Regierung Kurfürst Karl Theodors bereits mitten in einer innen- und außenpolitischen Krise. Als Max Joseph 1799 die Herrschaft übernahm, war die politische Situation Bayerns prekär: Die linksrheinische Pfalz war von Frankreich besetzt, die rechtsrheinische bedroht; in Bayern selbst standen über 100.000 österreichische Soldaten, die jederzeit zur Annexionsarmee werden konnten. Die Entscheidung für ein Bündnis mit Österreich, England und Russland war daher im zweiten Koalitionskrieg gegen Frankreich (1799–1801) eine Frage des Überlebens.[1]

In Rosenheim – damals gemäß der Volkszählung des Jahres 1794 mit 1.622 Einwohnern nach Tölz der zweitgrößte Markt Altbayerns und größer als so manche Stadt im Kurfürstentum Bayern[2] – kündigte sich die neue Zeit freilich zunächst mit wechselnder Militärpräsenz, Einquartierungen und Plünderungen an. Freund und Feind wechselten in wenigen Jahren mehrmals und manchmal waren die Truppen befreundeter Nationen nicht weniger verheerend als die feindlichen Regimenter. Als 1798 die Österreicher als Bündnispartner gegen Frankreich in Bayern einmarschierten, brachte man ihnen wenig freundschaftliche Gefühle entgegen, weil man mit dem übermächtigen Nachbarn im gesamten 18. Jahrhundert schlechte Erfahrungen gemacht hatte.[3]

Nach Rosenheim kam zunächst ein britisches Subsidiencorps, das am 6. Juli 1800 in der Stadt eintraf und für insgesamt sechs Monate allein täglich 2.000 Portionen Brot verzehrte. Dazu kamen Abgaben für Fourage, Strohlieferungen, Schanzarbeiten und Lastfuhren zu Schiff und zu Land – insgesamt Lasten, die zu schultern den Bürgern der Stadt viel abverlangte. Der damals auch für Rosenheim zuständige Landrichter von Aibling protestierte in einer Vorstellung an das Ober-Marsch-Commissariat Burghausen-Kraiburg und erklärte, er zöge es vor, „sich lieber selbst in das Zuchthaus befördert zu wissen, als die Unterthanen ganz ausschinden zu sehen.“[4]

Doch mit den Siegen Napoleons und dem Einmarsch der Franzosen in München wurden die Verhältnisse noch bedrückender. Nach einem kurzzeitigen Waffenstillstand, der mit riesigen Kontributionen in Höhe von 3,6 Millionen Gulden erkauft wurde, verlagerte sich das Kriegsgeschehen in den Rosenheimer Raum. Noch ein erstes Gefecht vor den Toren, und schon fielen die französischen Truppen plündernd in den Markt ein und bescherten den Bürgern einen unruhigen Dezember. Am 3. Dezember 1800 verloren Erzherzog Johann von Österreich und der bayerische Feldmarschall Wrede bei Hohenlinden die alles entscheidende Schlacht gegen die französischen Truppen unter General Moreau. Die Bayern allein hatten 5.000 Tote, Verwundete und Gefangene zu beklagen. Die Österreicher verbrannten auf dem

Rückzug vor den von Aibling her anmarschierenden französischen Soldaten noch die Innbrücke, ehe am Weihnachtstag endlich ein Waffenstillstand vorläufige Ruhe schuf, dem schließlich im Februar 1801 der folgenreiche Friede von Lunéville folgte.

Im April dieses Jahres kehrte der bayerische Kurfürst Max Joseph aus seinem Bayreuther Exil wieder nach München zurück und Rosenheim erhielt nun den Stab eines bayerischen Feldjägerregiments mit ca. 80 Mann zur Einquartierung, was wiederum erheblich zu Buche schlug und Anlass zu einer Petition an den Kurfürsten bot, in der man die trostlose Lage des Marktes in düstersten Farben schilderte:

„Gnädigster Herr! Wir wollen gern thun, was wir können; aber zur Unmöglichkeit wird niemand angehalten. Es sind unser 160 Bürger, wovon der dritte Theil absolute quartierunfähig, ja vielmehr selbst desselben benöthigt ist; so sind auch die übrigen 2 Drittel erschöpft und ausgesaugt, welche doch bei der großen Anzahl Feldjäger und bei der Unthunlichkeit, das Quartier den ganz erarmten einzulegen, dasselbe für beständig tragen sollen! Und da sogar andere durch die Kriegsdrangsale minder beschädigte Ortschaften z. B. die ungleich größere Stadt Wasserburg nicht so stark wie wir belegt sind, so bitten unterthänigst gehorsamst, Euere Kurf. Durchlaucht [möchten] geruhen, nicht nur den Staab des Feldjäger-Regiments von Rosenheim zu entfernen, sondern auch das Quartier selbst, wenn wir doch eines tragen müssen, auf eine leidliche Anzahl gnädigst herab zu moderieren.“[5]

Allein die Kriegsschulden des Marktes betrugen nun 33.572 Gulden; nicht weniger als 180.000 Gulden Privatvermögen waren verloren gegangen, sodass das gesamte Restvermögen nur noch 187.000 Gulden betrug. Das Gemeindevermögen belief sich nur noch auf 24.000 Gulden und alle Versuche, durch Einführung eines Bierpfennigs, eines Getreidegroschens und eines Viehaufschlags mehr Geld in die Kasse zu bringen, schlugen fehl, weil die Regierung aus Angst vor der Volksstimmung dazu keine Genehmigung erteilt hatte.[6]

Im Frieden von Lunéville stimmte der Kaiser der endgültigen Abtretung der linksrheinischen Gebiete zu. Durch eine gezielte Indiskretion wurde bekannt, dass sich Österreich während dieser Verhandlungen erneut um eine Abtretung Bayerns bemüht hatte. Die Folge war ein bayerisch-französisches Abkommen im Jahre 1801, in dem Frankreich einen Länderausgleich für die annektierten linksrheinischen Gebiete in Aussicht stellte. Damit begann die allmähliche Hinwendung Bayerns zum französischen Partner, die Montgelas aus Vorsicht gegenüber Österreich und mit dem sicheren Gespür für die überlegenere Kraft in Europa betrieb. 1805 schloss Bayern im Vertrag von Bogenhausen ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis mit Napoleon, das der ängstliche bayerische Monarch erst ratifizierte, nachdem schon französische Truppen in Bayern einmarschiert waren. Im dritten Koalitionskrieg war Bayern auf der Seite Napoleons und damit des Siegers. Das unterlegene Österreich verlor im Frieden von Pressburg nicht nur ein Achtel seines Gebietes, sondern musste auch 1806 die Erhebung Bayerns und Württembergs zu Königreichen akzeptieren.

Rosenheim aber erlebte wieder Truppendurchzüge: Am 1. Oktober 1805 zogen 1.400 feindliche Österreicher ein, die allerdings nach vier Wochen von den Bayern vertrieben wurden. Diese aber blieben im Land und erhöhten die Kriegsschulden um weitere 12.743 Gulden. Am Ende des Jahres 1805 zählte man 10.627 Mann Einquartierung.[7] Am 19. Januar 1806 zogen französische und bayerische Truppen durch die Region, die für drei Tage 74.000 Pfund Fleisch, 150.000 Maß Bier, 75.000 Rationen Brot, 480 Scheffel Hafer, 12.000 Bund Heu und 15.000 Bund Stroh forderten,[8] im Februar und März waren weitere französische Truppendurchzüge zu verzeichnen. Die Einquartierungen setzten sich bis 1807 fort. Insgesamt waren 29.811 Soldaten im Markt gewesen, für die 39.739 Gulden Quartiergeld zu verrechnen waren.[9]

Zur Abwehr der österreichischen und Tiroler Truppen wurde sogar ein Gebirgsschützenkorps aus den Landgerichten Aibling, Miesbach, Tölz, Weilheim,

Schongau und Werdenfels zusammengestellt. In der Bekanntmachung vom 17. Oktober 1805 hieß es:

„Treue Bewohner der baierischen Gebirge! Ihr wisst, wie der Churfürst gezwungen worden ist, sich gegen den ungerechten Angriff Oesterreichs mit den Waffen zu vertheidigen, und seine Truppen mit den französischen zu vereinigen. In dieser Lage muß Alles zusammenhelfen, um den Feind aus dem Vaterlande zu vertreiben. Schon sammelt sich der Tyroler Landsturm, um euch in den friedlichen Gebirgen zu überfallen, eure Häuser zu plündern, euer Vieh wegzutreiben, und eure Weiber und Töchter zu misshandeln. Dieser Ueberfall muß abgehalten, und wenn er erscheint, so zurückgetrieben werden, daß sie bereuen müssen, eure Gränzen betreten zu haben. Man wird euch mit Mannschaft unterstützen. Aber ihr selbst seyd am ersten im Stande, euch zu vertheidigen. Ihr kennt die Wege und Stege, ihr seyd treffliche Schützen, ihr seyd herzhafte, brave Männer. Sammelt euch also unter euren Rotten, unter euren Hauptmannschaften! Erfahrne Anführer stellen sich an eure Spitze. Ergreifet die Waffen! Euer Vaterland wird bald ganz befreyet seyn.“[10]

Kampf zwischen Franzosen und Kaiserlichen bei den Stephanskirchener Höhen am 9. Dezember 1800, Kopie nach einer zeitgenössischen Vorlage, Öl auf Leinwand von Michael Lickleder, 1901.

Diesem rhetorisch-propagandistischen Auftakt schlossen sich organisatorische Hinweise an, die mit der Androhung von Arreststrafen bei Verstößen und dem Versprechen von Belohnungen und Auszeichnungen bei besonderer Tapferkeit und Geschicklichkeit endeten.

Mit der Tiroler Erhebung gegen die bayerische Herrschaft hatte Rosenheim nun auch eine ausgesprochen unruhige Grenze in nächster Nähe.[11] Insbesondere die brutale Eroberung von Reichenhall durch Truppen aus Tirol und Österreich im April 1809 löste heftigen Protest aus:

„Diese Scenen waren nicht bloß empfindlich für den Menschenfreund, sondern empörend für jedes rechtliche Gefühl. Es ist Schande für die Menschheit, ihre Leidenschaften in solche Lasterthaten ausarten zu sehen."[12] Und weiter heißt es: „Die merkwürdige Geschichte des Aufenthalts der k. k. österreichischen Truppen in Reichenhall konzentrirt sich demnach in folgende, für die Nachwelt ganz unvergeßliche Punkte: sie kamen, aßen, tranken, logen und wurden in die Wälder versprengt."[13]

Aufgrund dieser Ereignisse erweiterte der König am 7. Mai das Gebirgsschützenkorps,[14] um damit Kräfte gegen die rebellischen Tiroler zu mobilisieren. Drei Abteilungen wurden nun eingerichtet: die erste aus den Gerichten Reichenhall, Traunstein und Trostberg unter Leitung der Forstinspektion Traunstein, die zweite aus den Gerichten Rosenheim, Miesbach, Tölz und Wolfratshausen unter Leitung der Forstinspektion Rosenheim, die dritte aus den Gerichten Werdenfels, Weilheim und Schongau unter der Leitung der Forstinspektion Garmisch. An das Bürgermilitär appellierte man, sich den Gebirgsschützen anzuschließen. Falls sich nicht genügend Freiwillige meldeten, sollte durch Losverfahren ergänzt werden. Immerhin hatte die erste Abteilung 500, die beiden anderen je 1.000 Schützen zu stellen, sodass unter Einbeziehung der Reserve 7.500 Mann zur Verfügung stehen mussten. Dieses letzte große militärisch ernsthafte Aufgebot der Gebirgsschützen hatte zwar für den bayerischen Kriegserfolg keine entscheidende Bedeutung, diente aber zur Legitimation für eine bis heute anhaltende selbstbewusste Traditionspflege.

Im Bündnis mit Napoleon vergrößerte Bayern sein Territorium erheblich und erfuhr eine gewaltige Umgestaltung auch im Inneren. Als der Stern des Kaisers der Franzosen im Sinken war, steuerte Montgelas rechtzeitig um und führte sein Land wiederum ins siegreiche Lager. Der Russlandfeldzug des Jahres 1812, der für Napoleon und seine Verbündeten in einem Fiasko endete und etwa 30.000 bayerischen Soldaten den Tod brachte, führte den Umschwung herbei. In Geheimverhandlungen bereiteten Montgelas und Feldmarschall Wrede den Bündniswechsel vor. Am 8. Oktober 1813 wurde in Ried der Bündnisvertrag mit Österreich geschlossen, in dem sich Bayern vom Rheinbund lossagte und seine Armee dem österreichischen Oberkommando unterstellte. Im Gegenzug dafür erhielt Bayern seine ungeschmälerte Souveränität zugesichert und einen territorialen Besitzstand im bisherigen Umfang garantiert.

Zwischen Oktober 1813 und März 1814 zogen wiederum Truppen durch den Markt Rosenheim, diesmal österreichische Reservetruppen, immerhin in einer Gesamtzahl von 17.447 Personen. Diese erhielten, wie Hefner akribisch festhielt,[15] 26.032 Mundportionen und verursachten Kosten von 17.354 Gulden und 54 Kreuzern. Außerdem erhielten sie 169 Vorspannen, 13 reitende Boten, 4 Schiffer bis Wasserburg sowie 667 Zentner Heu und 143 Zentner Stroh.

So hatten die Menschen der Region unruhige Jahre durchgestanden, ehe endlich der Wiener Kongress 1815 diese wechselhaften Kriegszeiten beendete.

Säkularisation[16] und kirchliche Entwicklung

Die Frage der Kompensation für die linksrheinischen Gebiete war für Staaten wie Bayern von erheblicher Bedeutung. Das besondere Bemühen Bayerns um die Aufhebung auch der nicht reichsunmittelbaren Klöster war schließlich ebenfalls von Erfolg gekrönt.

Noch ehe der Reichsdeputationshauptschluss 1803 die reichsrechtliche Genehmigung erteilte, ging Max Joseph an die seit 1799 geplante Aufhebung der bayerischen Klöster, die als Landstände allerdings unter reichsrechtlichem Schutz standen. Die Bettelorden, die diesen Schutz nicht genossen, löste man bereits vorher auf.

Dass fiskalische Überlegungen sich deutlich mit der kirchenfeindlichen Grundstimmung verbanden, zeigte schon die Anordnung vom 1. Januar 1801, dass alles „ was […] Gold, Silber, Edelstein und andern Kirchenschätzen und zwar auch an Gefäßen und Paramenten vorhanden ist“[17] binnen acht Tagen zu erfassen sei. Ausdrücklich wurde ein strafbewehrtes Verkaufsverbot angeordnet, das allerdings die Rosenheimer Bürger zu unterlaufen versuchten.[18]

Auch in Rosenheim wirkte sich der aufgeklärte Geist des neuen Jahrhunderts massiv aus. Vor allem traf es hier die in der Bevölkerung beliebten Kapuziner,[19] deren Kloster einst von dem bürgerlichen Handelsherrn und Ratsmitglied Papin gestiftet und mit Hilfe des bayerischen Herzogs Maximilian I. im Jahre 1606 eingerichtet worden war. Das Kloster hatte sich rasch entwickelt und diente zeitweilig sogar als Ausbildungsort für den Nachwuchs der Kapuzinerprovinz. Als Prediger und Seelsorger, als Lehrer und Beichtväter agierten die Kapuziner volksnah. Schlecht allerdings war die materielle Situation dieses und anderer Klöster, die daher auch auf milde Gaben und Almosen angewiesen waren. Genau dies aber trug ihnen die meiste Kritik der aufgeklärten Zeitgenossen ein, die Betteln als entwürdigend und als nicht angemessen betrachteten. So wurden die Franziskaner und Kapuziner zum beliebtesten Angriffsobjekt eines antiklösterlichen Zeitgeistes, der sie als ungebildet, plump und roh darstellte und ihren Einfluss auf das Volk als schädlich ansah.

Ein kurfürstliches Dekret vom 25. Januar 1802 schuf die rechtlichen Grundlagen für eine allmähliche Reduzierung der Bettelordensklöster und enthielt zahlreiche rigide Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen. Bald schon machte sich eine dafür eingesetzte kurfürstliche Spezial-Kommission ans Werk. Zunächst wurden in ganz Bayern Kommissionen zur Untersuchung des Klostervermögens eingesetzt. In Rosenheim bestand diese Kommission aus dem Landrichter Schmid aus Aibling und dem Aktuar Fischbacher als Schreiber, dessen detaillierte Protokolle den Aufhebungsvorgang minutiös nachvollziehbar machen.

Neben der Übersicht über die Vermögensverhältnisse verschaffte sich die Kommission auch Informationen über die Reichweite und Bedeutung der seelsorgerlichen Tätigkeit der Mönche. Dabei scheint immer wieder ein Gegensatz und ein Konkurrenzverhältnis zu den Weltgeistlichen und den Mönchen der Prälatenklöster auf, die der von den Bettelorden gepflegten Volksfrömmigkeit skeptisch gegenüberstanden.

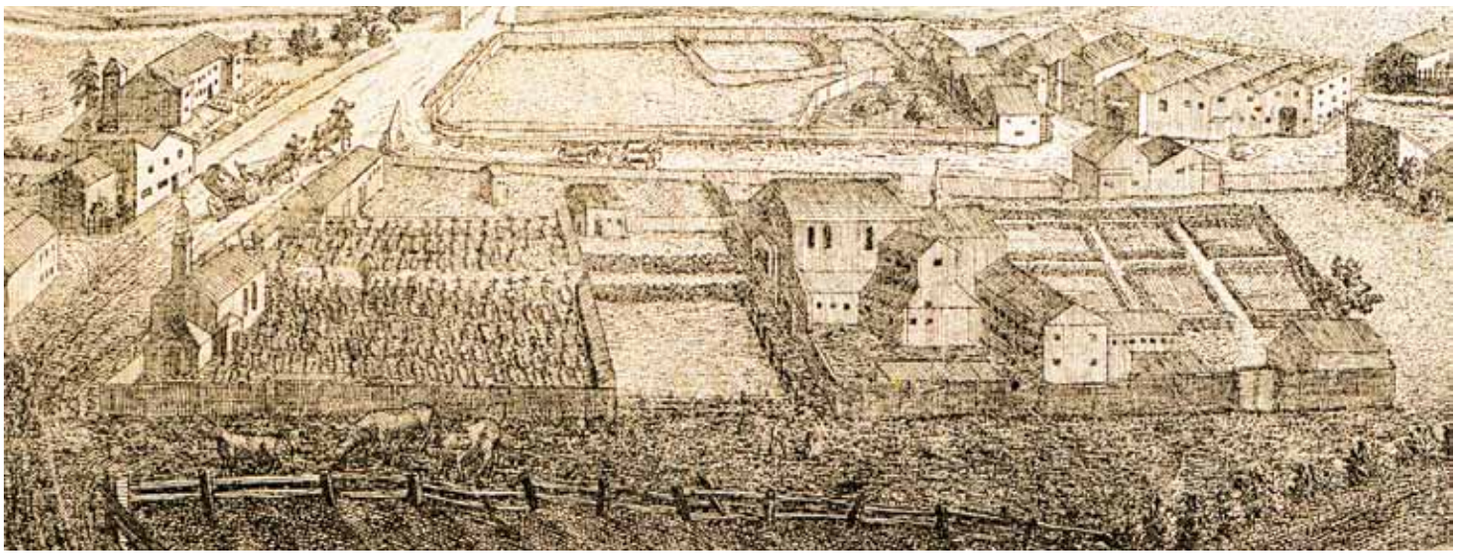
„Kein Volk ist schwerer zu beherrschen als das bayerische, welches unter dem Einfluss fanatischer Bettelmönche steht“,[20] klagte 1802 der Münchner Pfarrer Dornhofer. Auch der Rosenheimer Pfarrer Rieder hielt die Kapuziner für entbehrlich, bat aber den Landrichter zugleich, diese seine Meinung nicht öffentlich werden zu lassen. Andere, wie der Aiblinger Pfarrer, erstatteten diensteifrig Bericht, „daß die Kapuziner von der aiblingischen Kanzel schon entfernt sind“, und bezeichneten sie als „schädliche und unschickliche Aushelfer, welche vom Geist der Weisheit und Tugend nicht belehrt sind“.[21]

Nachdem die unliebsame Konkurrenz bald weitgehend aus der Seelsorge verdrängt war, ging es im nächsten Schritt an die Klöster selbst. Das Rosenheimer Kloster war dazu ausersehen, als sogenanntes „Aussterbekloster“ zu dienen, und sollte die übrig gebliebenen Mönche des Münchner Kapuzinerklosters aufnehmen. Nachdem die „Ausländer“ des Landes verwiesen und viele Laienbrüder auf größere Abteien der Prälatenorden verteilt worden waren, erfuhren die restlichen Mönche am späten Abend von ihrer Verlegung und hatten schließlich um drei Uhr morgens nach Rosenheim zu reisen, wo sie am 27. März 1802 abends eintrafen.

Dieses Zentralkloster, in dem die Lebensumstände der 36 Patres und Laienbrüder äußerst beschränkt und staatlich reguliert waren, wurde am 16. Oktober 1803 durch ein kurfürstliches Dekret endgültig aufgehoben, die noch vorhandenen Mönche sollten auf andere Klöster verteilt werden. Bis zum 1. November musste das Kloster geräumt sein, danach erfolgte die Schätzung der Klostereinrichtung und die öffentliche Versteigerung des Besitzes – ein Vorgang freilich, der sich insgesamt bis Mai 1805 hinzog und lediglich einen Gesamterlös von ca. 5.300 Gulden erbrachte. Das vorhandene Silber wurde nach München geschafft, etwa 300 Bücher wurden für die Hofbibliothek ausgewählt, Einrichtungsgegenstände, Gerätschaften und Paramenten, Gebäude und Garten 1804 in mehreren Versteigerungen veräußert. Die restlichen 2.700 Bücher, die als wertlos oder gar als schädlich galten, kaufte der Münchner „Pappendeckelfabricant“ Kaut, der im Mai 1805 den Empfang von 28 Zentnern zum Preis von 18 Gulden und 40 Kreuzern quittierte.

Ludwig Eid beschreibt eine dieser Versteigerungen sehr anschaulich und nicht ohne Seitenhiebe auf die gewinnsüchtige Rosenheimer Gesellschaft: „Aber als jetzt die Versteigerung beginnt, da vergisst man alles, Vorsätze und Tadel. Pfarrer Rieder steigert Gläser Bouteillen und Taferl, der Weber am Moos lässt die Leinwant nicht, und die Frau Forstmaier braucht unbedingt die 6 Ellen Wachstuch, der Herr Bürgermeister die 12 Pfd. Leder; die Ellmaierin kann ihr Hauswesen nicht erhalten ohne die 7 Speitrücherl und die Zehetmayerin muß den grünen Hoffnungsvorhang vom Ofen haben. […] Alle hat die Habgier gepackt; nur wenige sind klug oder gemütvoll. […] Der aber, der für das Öl-Porträt des Kloster-Erbauers, der für den ‚geflickten Papin‘ 3 fl. hatte, war nicht der Ortspfarrer, nicht der geistliche Vater des Klosters, sondern Sattler Reheis. Spricht es nicht wie ein besonderer Segen an, daß gerade die aus der Pietät gemachten Erwerbungen sich bis auf uns gefristet haben.“[22]

Die endgültige Abrechnung der beteiligten Rosenheimer Beamten zog sich bis 1808 hin. Im gleichen Jahr wurde die Klosterkirche abgerissen, um für den Neubau der Saline Platz zu schaffen. Der kirchenfeindliche Geist traf noch eine Reihe anderer Kirchen und Kapellen, die nun als „entbehrlich und überflüssig“ galten. So wurden etwa seit 1804 St. Elisabeth, Loreto, St. Sebastian, die Roßacker-Kapelle, St. Michael, St. Salvator, die Weidacher-Kapelle und St. Martin gesperrt. 1807 und 1808 wurden die Kapellen St. Magdalena und St. Johann Nepomuk, Kloster und Kirche St. Elisabeth und die Friedhofskirche St. Salvator abgebrochen, der Friedhof



Altes Rosenheimer Kapuzinerkloster, Ausschnitt aus dem Kupferstich von Johann Nepomuk Maag, 1799.

wurde aufgehoben. Am 1. Januar 1808 erwarb die Königliche Generaladministration der Salinen das gesamte Areal. Beim Abriss der Salvatorkapelle ging die gesamte Einrichtung verloren; zudem wurden vom Friedhof die Kreuze entwendet.[23] Die Roßacker-Kapelle überlebte nur, weil der damalige Besitzer des Flötzingerkellers, der Bierbräu Sebastian Zollner, sie als sein Privateigentum ausgab, sodass sie der Landrichter nur sperren ließ.[24]

Massiv waren auch die Eingriffe in die Lebenswelt des gläubigen Volkes. Die Christmette wurde von der Nacht auf den Morgen verlegt, Feiertage wurden abgeschafft, Bittgänge nach Loreto, die Schiffswallfahrt nach Altötting und viele Andachten verboten. Kirchweih legte man einheitlich auf den dritten Sonntag im Oktober fest.[25] Diese ganz der aufgeklärten Vernunft geschuldete Reglementierung einer tief verwurzelten Volksfrömmigkeit ist oft weit über das vernünftige Ziel hinausgeschossen und hat sich nicht selten in Widerspruch zum eigenen Toleranzgebot gesetzt.

Wenig untersucht sind zudem die harten sozialen Folgen, die nicht nur Mönche und Geistliche, sondern auch viele kleine Leute trafen, die wirtschaftlich von Klöstern abhängig waren. Der Brauereipächter auf der Insel Frauenwörth etwa schrieb am 12. September 1804:

„Die traurige Lage, in welcher sich 41 Familien auf der Fraueninsel befinden, ist eine der schrecklichsten, die man sich denken kann. Diese Leute waren fast alle vom Kloster genährt – Professionisten aller Art hatten fast beständig Arbeit für selbes; jetzt ist das alles vorbey, kümmerlich trotzen sie dem halben oder viertel Tagwerk Erde, welches ihnen bei Aufhebung des Klosters zur Entschädigung gegeben wurde, etliche Metzen Getreide ab, und damit sollen sie das ganze Jahr leben können.“[26]

Die Säkularisation hatte in ihrer Gesamtheit nicht nur kulturelle und soziale, sondern auch wirtschaftliche und territoriale Folgen, die Bayern massiv veränderten. Sie stellte einen klaren Rechtsbruch dar, war aber zugleich die Voraussetzung für die Entstehung des modernen Rechts- und Verfassungsstaates. Sie war ein gewaltiger Kulturbruch, zum Teil begleitet von barbarischem Umgang mit Kunstwerken, Büchern, Archivalien und vor allem auch Gebäuden, aber zugleich auch Ausgangspunkt für ein Kulturstaatsbewusstsein, das heute integrativer Bestandteil der Bayerischen Verfassung ist. Die unmittelbaren fiskalischen Erfolge, das eigentliche zweckrationale Antriebsmoment des vom Bankrott bedrohten bayerischen Staates, blieben aus, die kulturerhaltenden Verpflichtungen dagegen trägt Bayern bis heute, sehr zum Nutzen seiner unverwechselbaren Kulturlandschaft. Angesichts dieser Ambivalenzen wird das Urteil der Historiker auch weiterhin kontrovers bleiben,[27] mit Sicherheit aber war vor allem die rigorose, mehr von ideologischer Blindheit als von nüchterner Opportunität bestimmte Auflösung der Klöster „kein Ruhmesblatt für Bayern“[28].

Die Kirche hatte durch die Säkularisation weltliche Herrschaftsrechte und Vermögen verloren und war zum Kostgänger des Staates geworden. Nach der Aufhebung der geistlichen Fürstentümer und der Prälatenklöster war nicht nur der erste Stand der einstigen Landschaftsverordnung verschwunden, sondern auch ein jahrhundertealtes System von Herrschaft, Wirtschaft, Bildung und Kultur zerschlagen, für das zunächst kein Ersatz vorhanden war.

So hatte sich die Kirche insgesamt neu zu orientieren.[29] Auf der Grundlage des Konkordats zwischen dem Königreich Bayern und dem Heiligen Stuhl aus dem Jahre 1817 gelang ihr das auch im Rosenheimer Raum erstaunlich gut. Mit der Neuformierung des Erzbistums München-Freising und der Ernennung von Lothar Anselm Freiherr von Gebsattel zum ersten Erzbischof endete nicht nur die seit 1803 andauernde bischofslose Zeit, sondern war auch eine tragfähige institutionelle Grundlage geschaffen. Das Erzbistum gliederte sich seit 1821 in insgesamt 36 Dekanate, wobei der Markt Rosenheim zum Dekanat Aibling gehörte, als dessen Dekan der langjährige Rosenheimer Stadtpfarrer Dr. Karl Georg Rieder

amtierte.[30] Seine besondere Leistung bestand darin, dass er in einer von 1791 bis 1831 währenden Amtszeit die Kontinuität wahrte und zugleich von der alten in die neue Zeit führte.

Aus der inkorporierten Pfarrei Buch am Erlbach der Frauenchiemseer Hofmark stammend, war er zunächst als Hilfspriester und Pfarrvikar in Pfaffenhofen tätig, ehe er am 14. August 1791 vom letzten Bischof von Freising, Joseph Konrad von Schroffenberg, die Pfarrei Rosenheim verliehen bekam. Zugleich wurde er Dekan des Ruraldekanats Aibling, wenig später Rosenheimer Schulinspektor und 1795 Mitglied der geistlichen Regierung, vergleichbar dem heutigen Ordinariat. Mit der Gründung eines Ministeriums für geistliche Angelegenheiten durch Montgelas im Jahre 1799 sah sich Pfarrer Rieder vor eine völlig neue Situation gestellt und mit dem Staatskirchentum des modernen Staates konfrontiert. Er musste die Säkularisation mit all ihren Folgen hinnehmen und bemühte sich um Abmilderung wenigstens der menschlichen Belastungen. Deshalb wohl hat er die Apothekerin des Stiftes Frauenwörth, Maria Xaveria von Egger, in seinen Hausstand mit aufgenommen und ihr ermöglicht, „abgesondert von dem Geräusche der Welt und befreyt von den beunruhigenden Nahrungssorgen ruhig und zufrieden zu leben“[31].

Als Distrikts-Schulinspektor hatte er auch viele der staatlichen Maßnahmen dieser Jahre mit zu vertreten; nicht zuletzt unterstand ihm seit 1815 die neu errichtete Lateinschule, die bis 1837 unter Führung des pensionierten Herrenchiemseer Augustiner-Chorherrn Gregor Perndorfer stand.[32]

Aufgrund mehrerer Stiftungen war die Versorgung mit Priestern in Rosenheim trotz des Wegfalls der Kapuziner stets zufriedenstellend, wobei mancher ehemalige Ordensmann hier eine Sicherung seiner Lebensverhältnisse fand. Unterstützung gewährte Pfarrer Rieder auch den zahlreichen Aktivitäten für den Neuaufbau und die verbesserte Ausstattung von Kirchen und Kapellen in seinem Dekanat. 1819 gehörte er sogar zu den vom Klerus gewählten Abgeordneten des ersten Bayerischen Landtags. Ludwig I. verlieh ihm für diese und andere Leistungen den Ludwigs-Orden, die Stadt hat 1882 nach ihm eine Straße benannt. Am 17. Juli 1831 ist er im 78. Lebensjahr gestorben und auf dem 1810 neu eröffneten Marktfriedhof bei St. Sebastian bestattet worden. Landrichter Klöckel hat ihm in einem Begleitschreiben zu seiner 1815 erschienenen Schrift über Rosenheim ein Lob ausgesprochen, das eine gewisse aufklärerische Seelenverwandtschaft erkennen lässt: „Es ist jener Ort beschrieben, der ein Viertel Jahrhundert unter Ihrer Pflege stehet, von dem Sie nun auch die Zierde sind. Sie lebten während des Kampfes zwischen Licht und Dunkel, zwischen Über- und Unglauben und so führten Sie den Pflegling durch die Zeiten wohlbewacht. Nicht lehre Sätze in die Massen werfen, sondern durch Lehren das Gewissen und die Kenntnisse wecken und vervollkommnen, das war Ihr Handeln. Und damit gehen Sie zur Nachwelt über.“[33]

Rieders Nachfolger, der Schwabe Albert Hofmann, der bis 1845 lebte, war mehr der Typus des stillen Gelehrten. Immerhin plante er als Beauftragter des Historischen Vereins für Oberbayern bereits einen Filialverein in Rosenheim und sammelte von 1838 bis 1844 sogar schon Material für eine Ortsgeschichte Rosenheims. 1882 wurde auch nach ihm eine Straße benannt.[34]

Nach dem Ende der Montgelas-Ära im Jahre 1817 kamen die alten Formen der Volksfrömmigkeit bald wieder zu ihrem Recht. Mit Visitationen allerdings sorgte die kirchliche Obrigkeit für Zucht und Ordnung, insbesondere was das Auftreten von Priestern und Ordensleuten in der Öffentlichkeit, den Besuch von Gasthäusern und das Alter der Haushälterinnen betraf. Bildungsanregungen gingen vom 1831 gegründeten katholischen Bücherverein aus, den Pfarrer Rieder noch in seinem letzten Lebensjahr wirkungsvoll unterstützt hatte.

Nach der Jahrhundertmitte entwickelten sich auch in Rosenheim neue Formen der Vereinsseelsorge und zugleich des Laienkatholizismus, etwa 1855 durch

Gründung eines „Katholischen Gesellenvereins“. Dazu gesellten sich neue Orden mit sozialen Zielsetzungen: 1851 kamen die Armen Schulschwestern in den Markt, um den Volksschulunterricht und eine Kinderbewahranstalt zu übernehmen; 1862 folgten die Mallersdorfer Schwestern, die in der Krankenpflege wirkten. Vor allem aber gelang es, dem Wunsch von Magistrat und Bürgerschaft folgend, die Kapuziner wieder zurückzuholen.[35] 1854 bis 1856 wurde das neue Kloster errichtet, die alte Sebastianskirche zur Klosterkirche umgebaut und „am 28. Oktober 1856 (am selben Tage an dem 53 Jahre zuvor die Väter aus Rosenheim vertrieben worden waren) zogen 4 Väter und 3 Laienbrüder Kapuziner unter Vorantragung des Kreuzes und dem Gebet des hl. Rosenkranzes von der Pfarrkirche aus in das neuerbaute Kloster, […]. So wurde ein Unrecht vergangener Zeiten durch eine edle That der Gegenwart gesühnt, und es bleibt uns nur der Wunsch, daß der Segen Gottes über dem Werk bleiben möge.“[36]

Mehr noch als die katholische Kirche wurde der Protestantismus einem rigiden Staatskirchentum unterworfen. Immerhin galt aufgrund des Toleranzreskripts von 1801 die Ansiedlungsfreiheit für Protestanten in dem bis 1777 streng katholischen Kurfürstentum, dessen Herrscher einst die Vorkämpfer der Gegenreformation gewesen waren. Die territorialen Erweiterungen im Verlauf der Napoleonischen Ära brachten Bayern erhebliche Landgewinne und mit diesen auch viele evangelische Christen, die nach religiöser Parität verlangten. 1809 wurde im Religionsedikt die evangelische Kirche zur Körperschaft des öffentlichen Rechts erklärt und der katholischen Kirche gleichgestellt. Allerdings galt für sie weiterhin der königliche Summepiskopat, nach dem der Monarch auch in geistlichen Angelegenheiten als Oberhaupt der Kirche fungierte. Pfarrer und Bedienstete wurden wie staatliche Beamte besoldet, auf die innere Organisation und die Berufung der Führungskräfte nahm der Staat in nicht geringem Maße Einfluss. Als konfessionelles Grundgesetz galt schließlich das der Verfassung von 1818 beigefügte Religionsedikt mit seinem zweiten Anhang „Edikt über die kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Gesamtgemeinde in dem Königreiche.“ Ein Oberkonsistorium in München übernahm nun die Geschäftsführung, dem das für Ober- und Niederbayern direkt zuständige Dekanat München unterstellt war.

Dass vor den Toren Rosenheims die erste protestantische Gemeinde Oberbayerns entstand, hing mit der Ansiedlung von 60 Pfälzer Familien zusammen, die sich auf Wunsch des Königs zur Kultivierung des Moores an einem Ort ansiedelten, den sie nach der Königin benannten. Dieses „Carolinenfeld“ hielt schwere Erfahrungen und harte Zeiten für die dort lebenden und arbeitenden Reformierten und Lutheraner und ihre Feldprediger und Pfarrer bereit. Die evangelische Gemeinde von Großkarolinenfeld war auch für die wenigen Rosenheimer Protestanten zuständig, deren Zahl sich 1810 nach dem Bau der Saline vergrößerte.[37] Im Jahre 1833 sind für den Markt Rosenheim immerhin mehrere Familien mit insgesamt 30 Seelen in den Kirchenbüchern von Großkarolinenfeld vermerkt.[38]

Bereits 1822 erhielt die Gemeinde eine eigene Kirche – die erste in Oberbayern –, deren Ausstattung eher nüchtern war, weil die seit dem gleichen Jahr in der Rheinischen Union zusammengeschlossenen Lutheraner und Reformierten hier gemeinsam Gottesdienst hielten. Die erste Orgel, die der König stiftete, stammte aus dem säkularisierten Kloster Tegernsee.

Die fortschreitende Industrialisierung und vor allem der Bau der Eisenbahnlinie führten zu einer weiteren Zuwanderung von Evangelischen. So entstand in Kolbermoor eine kleine evangelische Gemeinde, als dort die Spinnerei ihren Betrieb aufnahm, später wurde sogar ein Betsaal auf dem Betriebsgelände eingerichtet, der vom Pfarrer von Großkarolinenfeld mitversorgt wurde.

Für Rosenheim, wo es zu diesem Zeitpunkt etwa 100 Evangelische gab, ist für 1856 ein erster Gottesdienst in der Wohnung des Schneidermeisters Klepper bezeugt, der sich auch um die Errichtung eines

Bethauses und die Gründung eines Vikariats bemühte, damit beim Oberkonsistorium in München aber keinen Erfolg hatte. Immerhin stellte der Rosenheimer Magistrat 1860 einen Raum im Rathaus am Max-Josefs-Platz als Betsaal zur Verfügung, in dem Reiseprediger zunächst drei bis vier Mal im Jahr Gottesdienste abhielten. Der Bau einer eigenen Kirche allerdings ließ noch lange auf sich warten. Erst am 3. Oktober 1886 wurde sie eingeweiht.

Reformen in Staat und Markt

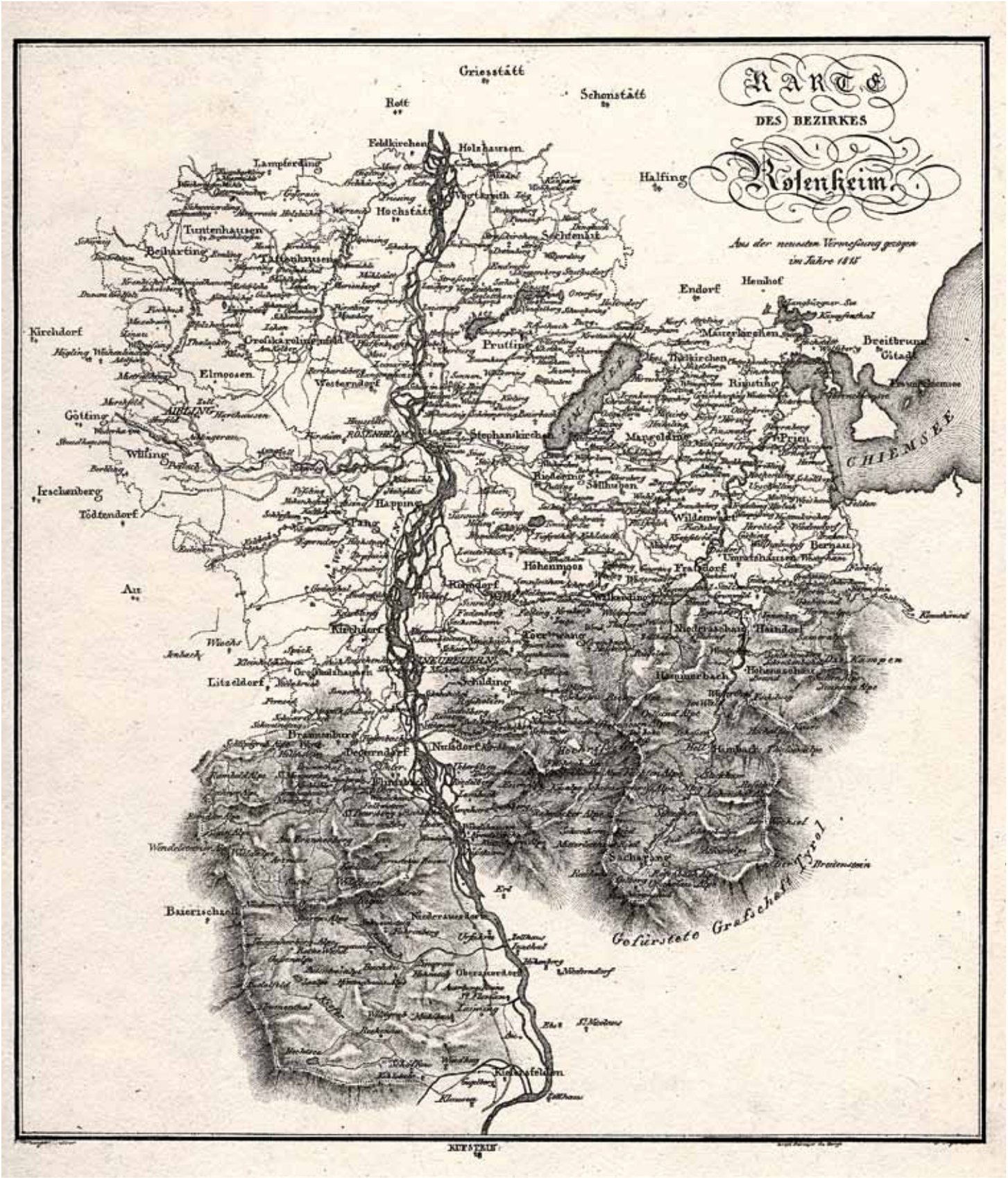
Das heutige Staatsbayern, das von Berchtesgaden bis Aschaffenburg, von Kempten bis Hof reicht, ist in wenigen Jahren entstanden. Zunächst war es ein Konglomerat aus über 70 Territorien, die sich im Rechtswesen, den Staatstraditionen, in Größe und Finanzkraft und vielen anderen Bereichen erheblich voneinander unterschieden. Die kriegerischen Jahre der Napoleonischen Zeit ließen kein gemächliches Wachsen zu, sondern konfrontierten die Menschen mit rasanten Veränderungen. Nicht zufällig stand im Zentrum dieser vielfältigen Maßnahmen die Verwaltungsreform, die neue Strukturen schuf und mit Rationalisierung, Zentralisierung und Bürokratisierung das Land erfasste.

Zu diesem Zwecke wurde das Land 1808 nach dem französischen Vorbild der Departements in 15 Kreise eingeteilt, die nach statistischen und organisatorischen Gesichtspunkten gebildet und nach dem Lauf von Flüssen der jeweiligen Region benannt wurden. Sie sind nach einer Reduzierung auf zunächst neun und dann acht Kreise die Vorläufer der späteren Regierungsbezirke geworden. Auf der unteren Ebene wurde das Land in Landgerichtssprengel aufgeteilt, die in ihren regionalen Aufgliederungen mit den heutigen Landkreisen vergleichbar sind. Während bei den Mittelbehörden Verwaltung und Justiz bereits klar getrennt waren, blieben in den Landgerichten beide Bereiche bis 1862 verbunden. Daneben bestanden als im Grunde systemfremde Sondergewalten die adeligen Patrimonialgerichte weiter, Ortsgerichte mit niederer Gerichtsbarkeit, die erst 1848 im Gefolge der Revolution abgeschafft wurden.

Das alte Landgericht Rosenheim, das um 1800 10.602 Einwohner hatte,[39] wurde am 16./17. September 1803 aufgelöst und zunächst dem Landgericht Aibling bzw. dem neu gebildeten Landgericht Fischbach, dem Nachfolger des Gerichts Auerburg, angegliedert.[40] Die Sitze des Landgerichts lagen dementsprechend auch in diesen beiden Orten. Schon 1807, als sich durch die Angliederung Tirols an Bayern die territorialen Verhältnisse änderten, wurde diese Regelung zugunsten Rosenheims abgewandelt, das nun das Landgericht erhielt, während das Aiblinger Gericht aufgelöst und erst 1838 wieder errichtet wurde. Das Amt Auerburg wurde 1809 dem ehemals tirolischen Landgericht Kufstein zugeteilt, kam aber 1814 nach dem Verlust Tirols endgültig an das königliche Landgericht Rosenheim zurück.

Besonders kompliziert waren die Verhältnisse in Bezug auf die Adelsherrschaft Hohenaschau-Wildenwart mit ihrem Markt- und Gerichtsort Prien, die zwar „das Besteuerungsrecht gegenüber ihren eigenen Grunduntertanen und die eigene Steuerfreiheit“ verlor, aber „die Ausübung der Gerichtsbarkeit behalten“[41] konnte. Dieses 1813 eingerichtete „Kgl. Bayerische Graf Preysingsche Herrschaftsgericht“, das im Rang einem Landgericht gleichgestellt war, wurde zwar 1827 von der Regierung aufgelöst, der alte Gerichtsbezirk aber blieb bis 1848 bestehen, als im Gefolge der Revolution alle Patrimonialgerichte endgültig ihr Ende fanden. Als „Kgl. Gerichts- und Polizeibehörde Prien“ übernahm es nun der Staat, der es 1853 in das Kgl. Landgericht Prien II. Klasse umwandelte und 1862 gemeinsam mit dem Gerichtsbezirk Aibling in das neu errichtete Bezirksamt Rosenheim integrierte. 1943 wurde das Gericht in Prien zu einer Zweigstelle des Amtsgerichts Rosenheim, 1959 schließlich ganz aufgehoben.

Neu eingeteilt wurden auch – auf der Basis systematischer Steuervermessung – die Steuerdistrikte, die mit den neu zu bildenden Gemeinden zur Erleichterung der Steuerveranlagung und -erhebung möglichst deckungsgleich sein sollten. Auf dem Gebiet des alten Landgerichts Rosenheim wurden insgesamt 15 Steuerdistrikte und 21 Gemeinden



Karte des Landgerichts Rosenheim, Lithografie, 1815.

gebildet. Allerdings kam das Landgericht mit dieser Arbeit sehr langsam voran, sodass erst im Juni 1812 der Organisationsantrag für Rosenheim dem König vorgelegt werden konnte. Die Landgemeinden wurden noch später gebildet, zum Teil bereits nach den verbesserten Möglichkeiten des Gemeindeedikts von 1818; endgültig abgeschlossen war die Gemeindebildung im Jahre 1819.

Von 1808 an gehörte das Landgericht Rosenheim zum Salzachkreis mit der Hauptstadt Burghausen, ab 1810 zu dem 1837 in „Oberbayern" umbenannten Isarkreis mit der Hauptstadt München, bei dem es in der Folgezeit verblieb.

Im Verlauf der Revolution von 1848 wurde die Trennung von Justiz und Verwaltung auch auf den unteren Behördenebenen beschlossen; 14 Jahre später wurde dieser Gesetzesauftrag endlich umgesetzt. Das neue Bezirksamt Rosenheim umfasste nun die Gerichtsbezirke Aibling, Rosenheim und Prien mit insgesamt 45.233 Einwohnern.

Seit 1802 amtierte als Landrichter und Kastner Joseph Franz Wetzstein, dem 1807 als Landrichter Joseph von Klöckel[42] nachfolgte. Der seit 1802 als Landgerichtsschreiber dienende Raimund Stecher stieg 1807 zum Rentbeamten auf. Gerade Klöckel war ein Repräsentant der neuen Beamtenschicht, die – durchdrungen vom Geist der Aufklärung und von wissenschaftlichen Interessen getrieben – ein in ihrem Verständnis modernes Bayern zu schaffen bemüht war. In Pöttmes bei Aichach 1773 geboren, wurde er nach Schule und Studium in Ingolstadt schon 1797 zum Fürstlich Berchtesgadenschen Hofkammerrat ernannt. Aufgrund von kleineren Veröffentlichungen wurde er 1801 in die Historische Klasse der Akademie der Wissenschaften aufgenommen. Doch mit der Säkularisation endete dieser erste, erfolgversprechende Teil seiner Karriere abrupt. 1805 in den vorläufigen Ruhestand geschickt, wurde er schon 1806 als königlicher Landrichter wieder in Dienst genommen und hatte nun in den Landgerichten Aibling und Rosenheim in einer Zeit des Umbruchs ein verantwortungsvolles Amt auszuüben, das in diesen kriegerischen und unruhigen Jahren ein besonderes Maß an Kraft und Standhaftigkeit verlangte. Bewundernswert ist die Tatsache, dass Klöckel dennoch die Zeit fand, seinen Forschungen nachzugehen, und mit dem Band „Rosenheim mit seiner Heilquelle" eine bis heute wertvolle historisch-statistische Darstellung des Marktes um 1815 vorlegte.[43] Sein beruflicher Weg freilich endete unglücklich, weil man ihn wegen Unordnung in den Rechnungsgeschäften 1816 in vorläufigen Ruhestand schickte und ihm sogar sein Ruhegehalt um ein Drittel kürzte.[44] Zum Verhängnis wurde ihm der Bau des neuen Friedhofs, für dessen ungeklärte Abrechnung er jetzt geradestehen musste. Alle prügelten nun auf ihn ein, die Gemeinde, die Regierung und sogar sein ehemaliger Mitarbeiter Fischbacher übten sich in Kritik am früheren Landrichter.[45] Zwei Jahre später drängte die Regierung des Isarkreises nachdrücklich nochmals auf Fortsetzung der Schuldsache des Landrichters Klöckel wegen einer Schuld von 632 Gulden und 40 Kreuzern an die Gemeinde Rosenheim.[46] So sind Klöckels Münchner Jahre von 1818 bis zu seinem Tod 1833 überschattet von Finanzproblemen und dem fast krankhaften Versuch, seine verletzte Ehre wiederherzustellen. Der Sprachwissenschaftler und Bibliothekar Johann Andreas Schmeller hat seinen Nachlass gesichert, der heute in der Münchner Staatsbibliothek aufbewahrt wird und vom Forscherdrang eines Mannes zeugt, der sich um Rosenheim verdient gemacht hat.

Ein für Rosenheim bedeutsamer Beamter war auch Friedrich Wilhelm Doppelmayr, der seine Laufbahn als Stadtgerichtsaktuar seiner Vaterstadt Nördlingen begann, um dann von 1805 bis 1816 als Landgerichtsassessor in Rosenheim zu wirken. Nach zwei Jahren im gleichen Amt in Starnberg kehrte er schließlich nach Nördlingen zurück, wo er zunächst „rechtskundiger Rat" und von 1831 bis zu seinem Tode 1845 Bürgermeister war. Für Rosenheim ist der zeichnerisch begabte Jurist zum „Bildberichterstatter" für das frühe 19. Jahrhundert geworden.[47] In zahlreichen Zeichnungen und Aquarellen hat er einen wertvollen Bildbestand zur Geschichte Rosen-

heims und seines Umlands geschaffen, den heute das Stadtarchiv Rosenheim aufbewahrt.

Der moderne Monopolstaat, den zu schaffen Montgelas gewillt war, vertrug keine Sondergewalten, auch nicht auf der untersten Ebene der Gemeinden, wo das genossenschaftliche Prinzip der Selbst- und Mitverwaltung eine lange Tradition hatte.

Von 1802 bis zum Gemeindeedikt von 1808 wurde die Selbstverwaltung der Städte und Märkte Schritt für Schritt beseitigt. Gerichtsbarkeit, Polizei, Steuererhebung, Verwaltung des Gemeinde- und Stiftungsvermögens und die meisten der anderen tradierten Rechte wurden verstaatlicht. Jede wichtigere Amtshandlung der kommunalen Organe musste nun vom zuständigen Landrichter oder durch eine im Innenministerium angesiedelte Stelle geprüft und genehmigt werden. Da diese extreme Zentralisierung letztlich nicht praktikabel war, wurden schon 1813 erste Maßnahmen einer Dezentralisierung durchgeführt. Wirkliche Abhilfe brachte jedoch erst das Gemeindeedikt von 1818, das die gemeindliche Selbstverwaltung wiederherstellte. Von nun an wurden die Gemeindeorgane wie früher von den Bürgern gewählt und die Gemeinden verfügten wieder über einen umfassenden eigenen Wirkungskreis. Unterworfen blieben sie freilich weiterhin einer straffen staatlichen Aufsicht, deren Befugnisse und Grenzen nicht ausreichend definiert waren.[48]

Die vorübergehende Verstaatlichung der kommunalen Verwaltung in Bayern, die 1808 abgeschlossen war, markierte auch in Rosenheim genau dreihundert Jahre nach dem Erlass der alten Ratswahlordnung das endgültige Ende des Alten Reiches und seiner Kommunalverfassung und angesichts des defizitären Haushalts auch einen wirtschaftlichen Tiefpunkt in der Geschichte des Marktes Rosenheim.[49]

Rat und Zünfte des Marktes wurden weitestgehend entmachtet, die gesamte Verwaltung stand unter „Staatskuratel“. Bürgermeister, Innerer und Äußerer Rat und Gemeindeausschuss wurden auf Vorschlag des Munizipalrates vom Generalkommissär ernannt und nicht mehr von den Bürgern gewählt. In den Jahren 1800, 1801 und 1802 bestätigte man noch weitgehend das alte Personal und verteilte sogar Lob für dessen Tatkraft in schwierigen kriegerischen Zeiten.[50] Doch schon kurz darauf erhielt der Bürgermeister eine Rüge des Landrichters mit Strafandrohung wegen verspäteter Meldung einer Ratsergänzungswahl.[51] Wenige Monate später bat Bürgermeister Matthias Sagstetter nach 35 Amtsjahren um Befreiung vom Amt,[52] ihm folgten bald weitere Ratsmitglieder und am 19. Juni Bürgermeister Jakob Ruedorffer, der sein Amt aber bis zur nächsten Wahl im folgenden Jahr weiter ausüben musste.

Die Ratswahl von 1803 freilich stand unter keinem guten Stern. Durch kurfürstliche Regierungsverfü-

Rathaus am Max-Josefs-Platz mit der Schranne, vor 1878.

gung wurde schon vorher Seraphin Greiderer aus dem Rat entlassen, interner Streit verschärfte die Situation, sodass zwei Bürger in einem Schreiben an das Landgericht gegen die Bürgermeisterwahl protestierten.[53] 1803 übernahm schließlich der Landgerichtsschreiber Stecher, der sich als Klosteraufhebungskommissar mit besonderem Eifer hervortat, das Regiment im Markt.

Am 11. Mai 1807 bat Bürgermeister Bernhard Huber, der in den Vorjahren mehrmals bestätigt worden war, um Entlassung aus seinem Amt, 1808 aber wurde er als Königlicher Amtsbürgermeister bestätigt, der allerdings unter der unmittelbaren Aufsicht des Königlichen Provisorischen Kommunaladministrators Joseph Fischbacher stand. 1813 übernahm sogar Landrichter Klöckel selbst das Bürgermeisteramt, 1814 bis 1817 amtierte Seraphin Rauch, der dann auch von 1818 bis 1823 dieses Amt nach der neuen Gemeindeverfassung innehatte.[54]

Hefner beschreibt diesen Vorgang der Entmachtung der Gemeinde sehr anschaulich: „Das k. Landgericht Rosenheim benachrichtigt den Magistrat, daß es am 8. Oktober 1808 die Gerichtsbarkeit des Marktes antreten wolle. Der Magistrat habe sich zu diesem Zwecke in gedachtem Tage Morgens 8 Uhr in der Marktschreiberei zu versammeln. Hier wurden nun alle Depositen, Gerichts-, Polizei- und Verwaltungs-Akten übergeben, jedoch ersucht, sie noch bis auf weiteres in der Marktskanzlei deponirt zu lassen. Die wirkliche Auslieferung geschah beim Anrücken der österreichischen Truppen, 5. April 1809. Die Amtsschreiben trugen von nun an die Aufschrift ‚An die königliche provisorische Kommunal-Administration zu Rosenheim'."[55]

Wie detailliert die staatlichen Eingriffe waren, mögen zwei Beispiele verdeutlichen: Am 10. Oktober 1807 kritisierte Landrichter Klöckel die von der Bürgerschaft beschlossenen Nummerierung der Häuser mit folgenden Worten:

„Die Numern befinden sich an den Hausthüren; diese sind den ganzen Tag über offen, sohin jene dem Auge des Forschens entzogen. Es geschiehet daher das Ansuchen eine zweckmäßigere Art zu wählen, und diese würde darin bestehen, wenn zur linker Seite der Thür an der Hausfronte (:sohin außer den Bogen Gang:) das Numer zugeheftet wird: und dieses sollte der Einheit wegen auf Blech in Oktavform geschehen, welches Blech zur Grund Farbe schwarz und mit gelber Einfassung bestrichen ist, worauf sich die weißen Numern am besten hervorheben."[56]

Noch aufschlussreicher ist die Auseinandersetzung um den neuen Friedhof in Rosenheim, bei der tradiertes kirchliches Denken und moderner aufgeklärter Geist besonders heftig aufeinanderprallten.[57] Klöckel zog die Errichtung des neuen Friedhofs ganz an sich und beschränkte die Mitwirkung der Bürgerschaft nur auf ein dreiköpfiges Komitee, das er schließlich wieder auflöste, weil es sich nicht als gefügig genug erwies. Den Standort, die Architektur, die bauliche Symbolik – alles versuchte er zu beeinflussen, um möglichst viele Bezüge zum alten Glauben zu kappen. Der Landrichter zeichnete sich durch massives Vorgehen gegen die bereits errichteten oder geplanten Baulichkeiten aus, um jeder religiösen Symbolik vorzubeugen und den Friedhof dem Geist der Zeit entsprechend nur als Institution der Gesundheitsfürsorge gelten zu lassen.

Mit dem Gemeindeedikt von 1818 wurde dieser Zustand extremer Abhängigkeit beendet. Rosenheim erhielt nun eine magistratische Verfassung, wie sie Städten und Märkten III. Klasse in Bayern zukam. An der Spitze der Verwaltung stand ein Magistrat von neun Mitgliedern, der aus seiner Mitte auf sechs Jahre den Bürgermeister wählte. Dazu kamen 24 Bevollmächtigte und für alle Mitglieder beider Gremien mit Ausnahme des Bürgermeisters Ersatzmänner.

Als Magistratsräte wurden 1818 gewählt: Seraphin Rauch, Lebzelter, zugleich Bürgermeister; Michael Ruedorfer, Lebzelter[58]; Mathias Greiderer, Handelsmann; Georg Rieder, Apotheker[59]; Anton Stacheter, Tuchmacher; Joseph Plest, Eisenhändler; Joseph Reheis, Sattler; Andrä Dettendorfer, Lederer; Joseph Buchberger, Handelsmann.

Bei den Bevollmächtigten dominierten die Brauer (6) und Wirte (4), dazu kamen Vertreter des Handels und Handwerks (Fragner [= Einzelhändler], Kürschner, Seifensieder, Weißgerber, Nagelschmied, Buchbinder, Maurer, Weber, Metzger, Koch, Bäcker), ein Kaufmann, ein Chirurg und der Postexpeditor Jakob Amann.[60]

Der 33-köpfige Magistrat konnte sich auf acht höhere und 43 niedere Bedienstete für die verschiedenen Verwaltungsbereiche stützen, sodass die gesamte Verwaltung des Marktes 84 Personen umfasste.[61] Moderne Organisationsformen fanden auch Eingang in das Bildungssystem, wo mit der allgemeinen Schulpflicht seit 1802 und dem Aufbau einer Schulverwaltung entscheidende Schritte getan wurden. Gegen den Widerstand der Bevölkerung, die ihre Kinder als Arbeitskräfte einzusetzen gewohnt war und auch Vorbehalte gegenüber der aufklärerischen, oft antikirchlichen Tendenz der Bildungsinhalte hatte, setzte vor allem Pfarrer Rieder seine Autorität ein, um die Elementarschule für die sechs- bis zwölfjährigen einzuführen und qualitativ zu steigern. Die Unterbringung der Knaben- und der Mädchenschule war allerdings für Jahrzehnte nicht erfreulich. Auch die 1815 neu eingerichtete Lateinschule, die auf eine Tradition des 16. bis 18. Jahrhunderts zurückgreifen konnte, war stark vom Wirken und der Persönlichkeit des ehemaligen Herrenchiemseer Mönchs Gregor Perndorfer abhängig. Nach dessen Tod im Jahre 1838 wurde sie zwar neu errichtet und erhielt im Rathaus sogar zwei Zimmer, nach dem Schuljahr 1855/56 aber musste sie mangels Nachfrage endgültig geschlossen werden. Erst im Gefolge der Eisenbahnverbindung und der Stadterhebung entwickelte sich Rosenheim schließlich zur Schulstadt, wobei der Neubau der „Königsschule“ im Jahre 1867 mit ihrer Knabenschule, der gewerblichen Fortbildungsschule und der Präparandenschule einen markanten Auftakt bildete.[62]

Bierbrauer Bernhard Plest (gest. 1815), Kommandant der zweiten Kavallerie-Kompanie der Nationalgarde, Porträt, Öl auf Leinwand, um 1807.

Auch von den Reformen im Militärwesen,[63] das sich durch Einführung der allgemeinen Dienstpflicht und die ausschließliche Verwendung von Landeskindern im Jahre 1805 grundlegend wandelte, war Rosenheim betroffen. Offensichtlich ließen Organisationsvermögen, Ausbildungsstand und Bereitschaft zum Waffendienst zu wünschen übrig, was angesichts der kriegerischen Zeiten nicht verwundern kann, zumal die Erfassung keineswegs einheitlich und gerecht war: „Ausgenommen blieben allerdings u. a. Adelige, siegelmäßige Beamte und deren Söhne, die Söhne von Offizieren sowie praktisch das ganze Wirtschafts- und Bildungsbürgertum, z. T. einschließlich der Söhne, ferner die Bergarbeiter und ein Teil der Handwerker. Die Dienstzeit betrug 8, seit 1809 6 Jahre, Kriegsjahre zählten doppelt. Loskauf und Stellvertretung wurden verboten. Im Grunde mussten nur Kleinbürger, Bauern und Angehörige unterbürgerlicher Schichten ihre Söhne tatsächlich stellen.“[64]

Durch eine Verordnung wurden 1812 zwar diese Ausnahmen von der allgemeinen Wehrpflicht abgeschafft, gleichzeitig wurde aber wieder eine Stellvertretung durch finanzielle Zahlung ermöglicht.

Nicht ohne Schwierigkeiten organisierte die Generallandesdirektion 1807 das geforderte Bürgermilitär[65] und zog im Juni des folgenden Jahres eine Zwischenbilanz, die durchaus Schwachstellen aufwies.[66] In Rosenheim übernahmen Bürgermeister und Räte offensichtlich die Führungspositionen, um die drängende Obrigkeit zufriedenzustellen.[67]

1818 umfasste die aus dem für einige Jahre als „Nationalgarde" firmierenden Bürgermilitär hervorgegangene Landwehr in Rosenheim „2 Compagnien oder 1 Division (120 Mann mit Feuergewehren), 1 Zug Schützen, 18–20 Mann Cavallerie, 17 Mann türkisches MusikChor, 1 Major, 2 Hauptleute, 2 Ober-Lieutnants, 1 Quartiermeister, 2 Unter-Lieutnants, 1 Fändrich, 2 Feldwebeln, 2 Profosen, 2 Sergeanten, 1 Fourier, 14 Corporals"[68]. In den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich die Landwehr mit ihrer prächtigen Uniform mehr und mehr zur repräsentativen Truppe, die bei Einweihungsfeiern, königlichen Geburtstagsfeiern und anderen festlichen Anlässen für prunkvolle Paraden geeignet war, ihre militärische Funktion aber längst verloren hatte.[69]

Die Umbrüche dieser Jahre erfassten nahezu alle Lebensbereiche und die Folgen all dieser Veränderungen wirkten sich auch auf die Menschen aus. Zwischen Verstörung und Unruhe schwankten viele von ihnen. Der politische Umbruch, der zum Teil mehrfache Herrschaftswechsel mit all den Unsicherheiten förderte Identitätsprobleme, die permanente Wirtschaftsschwäche und der Nahrungsmangel beeinträchtigten auch die Physis der Menschen.[70] „Nicht nur, daß mit dem Alten Reich in den säkularisierten und mediatisierten Territorien das politische Bezugssystem zerbrach, dessen Personen und Institutionen trotz aufgeklärter Kritik zumindest für die breite Bevölkerung noch ordnungsleitend waren. Autoritäten und Werte, Privilegien und Ämter verschwanden, Angehörige aller Schichten wurden in Rechten oder Einkommen getroffen, uralte Besitz- und Prestigegarantien fielen und nicht nur Leitfiguren der Oberschicht, sondern Herrschaftsvertreter aller Ebenen verloren ihren Status. Das Netz der territorialen Kultur, geknüpft um den Hof, von dessen Stil bis in die dörflichen Bräuche und Gegenstände beeinflußt, zerriß in wichtigen Vermittlungssträngen."[71]

Salzstadt Rosenheim: Saline und Bad

Mitten in den unruhigen Jahren des Krieges und des Umbruchs wurde eine Entscheidung getroffen, die Rosenheim zu einer der bedeutendsten Salzstädte Bayerns aufsteigen ließ.[72]

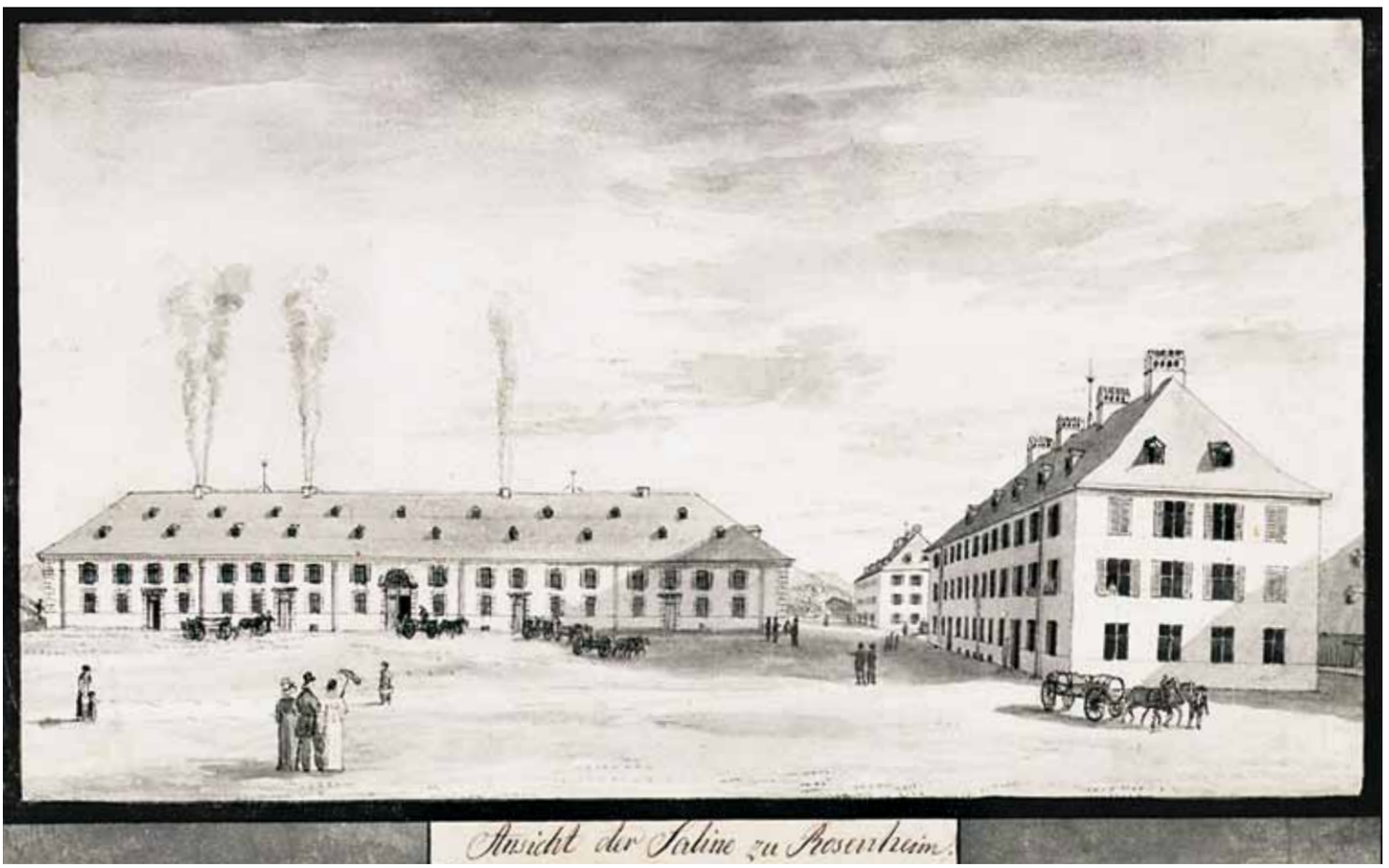
Schon seit dem Mittelalter war das Salz ein begehrtes Handelsgut, von dem auch Rosenheim – über Jahrhunderte in heftiger Konkurrenz zu Wasserburg – profitiert hatte. Seit 1792 aber ging es um die Einrichtung einer dritten Saline, nachdem für die Salinen in Reichenhall und Traunstein das Holz immer knapper wurde, und nicht zufällig fiel der Blick dabei auf Rosenheim. Mangfall und Schlierach schienen für die Trift geeignet und die großen Tegernseer Klosterwaldungen, die den begehrten Rohstoff Holz in Fülle boten, kamen mit der Säkularisation in Staatsbesitz. Als mit dem Frieden von Bogenhausen 1805 Berchtesgaden und Salzburg als Salzhandelspartner ausschieden, stieg das politische Interesse an einer verstärkten Eigenproduktion bei der Regierung so an, dass König Max I. Joseph am 6. Mai 1807 den Auftrag zum Bau von Soleleitung und Saline erteilte. Der Markt Rosenheim kam der staatlichen Salinenadministration auch mit dem Grundstück entgegen, war doch erst vor Kurzem ein günstig gelegenes Areal frei geworden: dasjenige des aufgelösten und abgerissenen Kapuzinerklosters samt Kirche und des inzwischen verlegten Friedhofs, das man nur aus Privatbesitz zurückerwerben musste.

So ist Rosenheim als doppelter Säkularisationsgewinnler in diese für seine weitere Entwicklung ganz entscheidende Unternehmung eingetreten, mit einer

Standortpolitik, die auch den Weg für die spätere Entwicklung zur Eisenbahnstadt und zum Verkehrsknotenpunkt vorbereiten half.

Als technische Meisterleistung wurde zwischen 1808 und 1810 die 80 Kilometer lange Soleleitung gebaut, die das salzhaltige Wasser von Reichenhall zur Saline in Rosenheim befördern sollte. Neu angelegt werden musste ein „Holzgarten“, ein gewaltiger Lagerplatz für das auf der Mangfall herbeigetriftete Holz, der im Überschwemmungsgebiet der Mangfall und damit größtenteils auf dem Gebiet der Gemeinde Roßacker lag.[73] Nach gut einem Jahr Bauzeit wurde die Saline, die aus einem Hauptsudhaus und vier Salzpfannen bestand, am 24. September 1810 durch Minister Montgelas höchstselbst eröffnet. Vorher war schon die erste Sole vom Hochbehälter am Schloßberg in die Reserven am Sudhaus geflossen und am 7. August das erste Salz aus der Rosenheimer Saline gezogen worden.

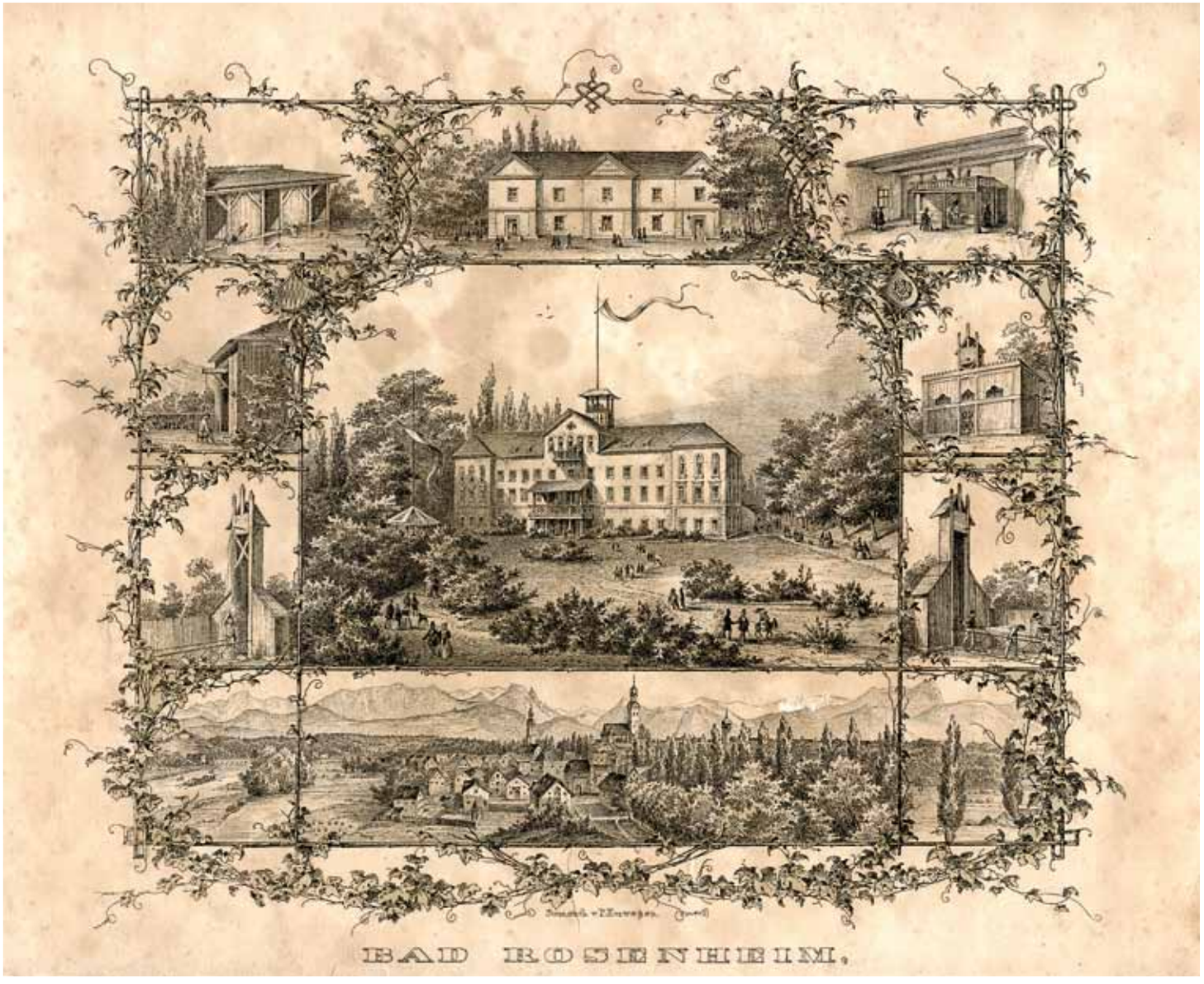
In der Anfangsphase brachte die auf 250.000 Zentner ausgelegte und damit zweitgrößte bayerische Saline für Rosenheim allerdings unerwartete Verluste, weil der prognostizierte Absatz nicht realisiert werden konnte und zugleich die gewohnten Einnahmen aus dem Salzhandel nun wegfielen. Langfristig jedoch stieg der Salzbedarf in dem sich rasch vergrößernden Bayern erheblich an und brachte auch die Rosenheimer Saline bald in die Gewinnzone. Die Rentabilität erhöhte sich noch, als die Salinenverwaltung nach einigen Heizversuchen in den Jahren 1850 bis 1854 auch den Torfabbau weitgehend in eigener Regie übernahm und schließlich seit dem Sudjahr 1859/60 alle vier Pfannen mit Torf befeuerte. Mit der 31. Sud (1866/67) beendete das Salzamt offiziell die



Sudhaus der Rosenheimer Saline mit Beamtenstock, lavierte Federzeichnung von Friedrich Wilhelm Doppelmayr, 1815.

Salzherstellung mit Holzbefeuerung und stellte damit für Jahrzehnte auf die erheblich billigere Torfbefeuerung um.[74] 1859, im Jahr der größten Investition seit der Erbauung der Saline, erweiterte man diese um eine weitere Sudpfanne sowie um einige Nebengebäude und stattete sie mit 40 Meter hohen Kaminen aus. Eine sechste Sudpfanne folgte 1869.

Die Saline bildete mit ihren Werkstätten und ihren Wohn- und Bürogebäuden eine Welt für sich. Sie verfügte über eigenständige soziale Einrichtungen, einen eigenen Arzt und eine eigene Altersversorgung. Die zugezogenen Salinenarbeiter erhöhten nicht nur die Bevölkerungszahl um 8 Prozent, sondern trieben auch aufgrund ihrer guten Bezahlung die Mietpreise nach oben. Konflikte gab es in den Anfangsjahren auch wegen der Weigerung der Salinenbeschäftigten, bestimmte Abgaben an die Gemeinde zu entrichten oder auch zwischen den Meistern des Marktes und den Salinenhandwerkern wegen der Lehrlingsausbildung. In der Blütezeit der Saline ab Mitte des Jahrhunderts waren diese Anfangsschwierigkeiten, die aus einer neuen technologischen Entwicklung resultierten, freilich längst vergessen.



Badebetrieb in Rosenheim, Steinstich von Peter Herwegen, 1847.

Als Nebenprodukt mit segensreicher Wirkung ist auch die Einführung einer planmäßigen Wasserwirtschaft zu erwähnen, durch die Sumpfland kultiviert, neues Uferland für Gärten und Alleen gewonnen und durch deren Flussregulierung auch die Hochwässer eingedämmt werden konnten. Nachweislich sind auch Fieberkrankheiten zurückgegangen und die Sterblichkeitsziffer konnte reduziert werden.[75] Gesundheitsfördernde Wirkungen schrieben die Zeitgenossen den durch das Sieden der Sole in die Luft gelangenden „Salztheilen" zu, die angeblich der Lungentuberkulose vorbeugten.[76]

Alles in allem hat die Saline Wirtschaftsentwicklung und Stadtbild Rosenheims im 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts entscheidend geprägt und hätte daher in der Erinnerungspflege der Stadt durchaus einen würdigeren Platz verdient.[77] Der Lobpreis des Zeitgenossen Klöckel jedenfalls war überwältigend und verpflichtend:

„Und sieh! Der Wille unseres allgeliebtesten Königs schenkte diesem Orte, dieser Gegend die Saline. Eine neue Periode ist gegeben, der Verkehr ist belebt, die Aussicht ist heiter. Bürger Rosenheims! Vergesset dies nie! Saget es euern Kindern und Enkeln, daß der Himmel über euer Haupt sich öffnete; daß vieles von dem, was ihr ihnen zum Erbe geben könnet, durch dieses glückliche Ereigniß geschah."[78]

Vergessen ist leider auch die durchaus ansehnliche Geschichte Rosenheims als Badestadt, die mit der Verfügbarkeit der Sole in Zusammenhang stand.[79] Anknüpfend an die Tradition eines seit dem 17. Jahrhundert bestehenden schwefeligen Mineralbades[80] regte der Landgerichts- und Salinenarzt Dr. Martin Schmid die Errichtung eines zusätzlichen Solebades an und erhielt am 28. Januar 1821 durch königliches Reskript die Genehmigung dazu. Nach Entwürfen des kgl. Leibarztes Ritter von Loé und des Oberbaurats Leo von Klenze wurde neben dem bestehenden Badhaus ein zweistöckiges Gebäude für Solebäder errichtet. Der Besuch hielt sich bedauerlicherweise zunächst sehr in Grenzen und blieb weit unter der für 600 Personen geplanten Auslastungsgrenze, vor allem auch nachdem in den 1840er-Jahren in Reichenhall, Traunstein und Aibling konkurrierende Bäder errichtet worden waren. Dennoch wurde Rosenheim im „Geographischen Handlexikon des Königreiches Bayern" von 1851 „unter den vorzüglichsten Bädern" aufgeführt.[81] Nach einem Besitzerwechsel im Jahre 1857 und einem Besuch durch König Max II. im folgenden Jahre nahm die Popularität des Bades erheblich zu, das im Jahre 1864 immerhin 482 Kurgäste beherbergte und 4.750 Bäder verabreichte. In einem Reiseführer dieser Zeit wird es geradezu gepriesen:

„Die ganz frei stehenden Gebäulichkeiten der Anstalt sind von herrlichen englischen Gartenanlagen mit Trinkbrunnen und von prächtigen Wiesen und Laubengängen umgeben, von keiner Nachbarschaft belästigt und befinden sich in nächster Nähe der Loretto-Kapelle und etwas weiter entfernt das Kapuzinerkloster. Das Wohn- und Nebengebäude enthält nebst einem im 2. Stock befindlichem, mit einem Klavier versehenen großen Saal und einem Belvedere mit schönster Aussicht 53 Gäste- und Fremdenzimmer."[82]

Rosenheims Biedermeierzeit (1815–1850)

Die Jahre, die nach Ludwig Eid „aufwärts zur zweiten Blütezeit"[83] Rosenheims führten, sind von Beschaulichkeit und biedermeierlicher Gemütlichkeit erfüllt. „Noch war der Lebenskreis der Bürger eng begrenzt, die Zustände waren noch geschlossen, die Sitten und Lebensgewohnheiten einfach und kindfroh; ruhig verlief abseits von den Welthändeln das Leben der Menschen […]."[84]

Lage und Gesicht der Stadt waren berückend, wie ein bayerischer Leutnant seinem Tagebuch anvertraute. Er gehörte einem der letzten Truppenkontingente an, die durch Rosenheim zogen, ehe die Napoleonische Ära endlich beendet war und für Jahrzehnte Frieden einkehrte. Am 4. Juni 1814 schrieb er: „In dem durch die Salinen berühmten Rosenheim wurde ich bei einem Bräuer und mit mir

ein österreichischer Rittmeister einquartiert. Der größte und schönste Markt in Bayern. Die Lage ist göttlich schön."[85]

Voll des Lobes war auch der Kreisdirektor Joseph von Obernberg in seinen „Reisen durch das Königreich Baiern" von 1815: „Das Ganze bildet eine sehr wohlgebaute Ortschaft, welche sich nach ihrem Ansehen unter die Landstädte reihet, und vielen derselben den Vorzug der Schönheit siegreich anstreitet."[86]

Zwischen der Beschreibung Klöckels aus demselben Jahre[87] und der Grafs von 1849[88] änderte sich im äußeren Bild des Marktes wenig. Der alte Markt mit seinen Toren, Brunnen, Kirchen und Kapellen beeindruckte durch seine stattlichen Häuser, die italienisch anmutenden Bogenarkaden und die schmucken Gassen.[89] Durch das Mittertor gelangte man vom inneren zum äußeren Markt, der von einem Wall umgeben war, an den sich Obst- und Gemüsegärten anschlossen. Der neuere Markt schließlich war durch den Aufbau der Saline entstanden als eine Art frühes Industrieviertel, dem sich in der Folgezeit auch andere Gewerbe zugesellten. „Gärten, Alleen, Anlagen, Ruhe, Behaglichkeit, beschauliche ‚Einfachheit und stille Schönheit' wollte das biedermeierliche Bad Rosenheim", beschreibt Eid die Grundstimmung dieser Zeit.[90]

Ein betont bürgerliches Element brachten die zahlreichen Behörden und Ämter in den Ort.[91] Neben dem Landgericht hatten das Herrschaftsgericht Hohenaschau und einige weitere adelige Patrimonialgerichte bis 1848 ihren Sitz hier. Dazu kamen das Königliche Hauptsalzamt mit dem ihm zugeordneten Salinen-Forstamt, eine Königliche Bau-Inspektion, ein Oberzollamt, ein Königliches Pfarramt, eine königliche Post-Expedition und ein Landwehr-Bataillons-Kommando. Den Magistrat mit dem Bürgermeister, acht Räten und 24 Bevollmächtigten unterstützten zahlreiche magistratische Ämter, die auch die differenzierte Struktur der Daseinsvorsorge gut erkennen lassen. Graf zählt sie in seiner Beschreibung für 1849 auf:

„Zur Dienerschaft gehören und werden vom Magistrate bezahlt: Der Marktschreiber, ein Hülfsschreiber, der Magistratsdiener, der Polizeidiener, der Zimmermeister, die 5 Aufleger, die 3 Thorwächter, die zwei Thurm- oder Feuerwächter, und ein Tambour oder Ausrufer der öffentlichen Erlasse. Außer diesen werden noch bezahlt: Die Fleisch-, Brod- und Bier-Beschauer, die Feuerbeschau, der Thierarzt, der Uhrmacher für das Uhraufziehen, die 2 Professoren, die 4 Lehrer, die 2 Hebammen, der Organist, der Turnermeister, der Zeichnungslehrer und die weibliche Arbeits-Lehrerin für ärmere Kinder."[92]

Die Gemeinde vergrößerte sich im Jahre 1837 durch die endgültige Eingemeindung der alten Landgemeinde Roßacker erheblich[93] und gewann vor allem Raum für die weitere Stadtentwicklung und für gewerbliche Ansiedlungen. Dort befanden sich auch die meisten Bierkeller, deren Besuch zu den beliebtesten geselligen Vergnügungen der Bevölkerung zählte.[94]

Geselligkeit wurde ohnehin großgeschrieben,[95] auf Landpartien zu den Bierkellern, den sechs Gesellschaftsinseln im Wasserhof des Salinen-Holzgartens, wo man philanthropisch-aufgeklärte Gartengestaltung mit geselligem Freundschaftskult verband[96], oder in der 1808 gegründeten Gesellschaft „Harmonie", die den gehobenen Bürgergeschmack mit Leseangeboten, Konversation, Tanz und geselligem Spiel wie Billard bediente.[97] 1845 gründete der Lehrer Koppenstätter noch eine Liedertafel; ein Burschen-Verein, in dem Gesellen verschiedener Handwerke Mitglieder waren, organisierte lustige Trinkrunden und unterstützte zugleich hilfsbedürftige Mitglieder. Ein 17 Jahre bestehender und dann aufgehobener „Killer-Verein", benannt nach dem Namen des Stammgasthauses Torbräu mit dem Besitzer Georg Killer, dem vor allem Bürgersöhne angehörten, wurde 1848 erneut ins Leben gerufen. Gut besucht waren auch regelmäßige Stammtische, sogenannte „Compagnie-Tage"[98], wo man sich an bestimmten Abenden in jeweils festgelegten Wirtshäusern traf und sich dort vergnügte. „Jeder Gast geht nach sei-

ner Willkür und Gutbefinden nach Hause, denn die Polizeistunden werden hier wenig oder gar nicht beachtet“, schreibt Graf.[99]

Zugleich aber betonte er das „treue Festhalten seiner [Rosenheims] Bewohner an der reinen katholischen Lehre“[100]. „Die Rosenheimer beten gerne, und lassen sich nicht leicht von einer öffentlichen Andacht abhalten“[101], heißt es da. Mild und freigebig, freundlich und gefällig seien sie und voller „Liebe zur Eintracht und Ruhe. […] Nur der Wohlstand macht sie manchmal hoffärtig, stolz und übermüthig.“[102] Die Grundlage für diese verwurzelte Religiosität war offensichtlich die gute Ausstattung des Marktes mit Priestern, nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen Stiftungen.

Dementsprechend ruhig und traditionsbezogen verlief auch das politische Leben dieser Jahrzehnte. Während in den neubayerischen Gebieten Frankens und der Pfalz revolutionäre Bürgerfeste in Gaibach und Hambach die Regierung in Schrecken versetzten, blieben die altbayerischen Gebiete an Thron und Altar orientiert und lehnten die politischen Forderungen des Liberalismus weitgehend ab.

Man feierte in ritualisierten Formen die Geburtstage des königlichen Paares oder die Thronjubiläen des Monarchen, so etwa am 16. Februar 1824 das 25. Thronjubiläum von Max I. Joseph. In Rosenheim wurde am Vortage begonnen mit einem vormittäglichen Gottesdienst, bei dem für die Armen geopfert wurde. Abends spielte die Musik des Landwehrkorps auf. Mit einem Zapfenstreich und 25 Böllerschüssen endete der Abend. Der eigentliche Festtag begann mit Böllerschüssen und Glockengeläute. Um neun Uhr versammelte sich alles, was Rang und Namen hatte, paradiert von der Landwehr, in der Pfarrkirche zum festlichen Gottesdienst mit Hochamt und Te Deum, das von 25 Böllerschüssen begleitet wurde. Danach verteilte man die gesammelten Spenden vor dem Rathaus an die Ortsarmen. Geistlichkeit, Magistrat, Landwehroffiziere und andere Honoratioren nahmen beim Weinwirt Greiderer ihr Gastmahl ein, beim Weinwirt Amann wurden Landwehr und einfacheres Volk verköstigt und beim Brauer Reiffenstuhl gar 25 Arme gespeist und mit Geld beschenkt. Abends erschallten im festlich beleuchteten Markt der Gesang der Schuljugend und die Musik des Landwehrkorps, deren Ende wiederum ein Zapfenstreich bildete. Ab neun Uhr schließlich ging man zum Tanze, die Oberschicht in die „Harmonie“, die anderen in Amanns Badhaussaal oder in eines der vielen anderen Bräu- und Wirtshäuser. Die „Harmonie“ veranstaltete sogar am folgenden Abend noch einen weiteren besonderen Ball.[103]

Die Erwählung Ottos, des Sohnes Ludwigs I., zum König von Griechenland bot ebenfalls reiche Möglichkeiten zur Pflege eines betonten Königskultes. Im Februar 1833 rief Landrichter Bisani in der Zeitung zur Sammlung für ein Denkmal bei Aibling auf, das an die Verabschiedung Ottos von seiner Mutter erinnern sollte. Der pathetische Ton dieses Aufrufes verrät manches über den Untertanengeist von Spitzenbeamten in diesen Jahrzehnten:

„[…] endlich die schwere, schmerzvolle Trennung von dem hochherzigen und allgeliebten Königssohne Otto auf dem einsamen Wege außerhalb Aibling bei der Mangfallbrücke; – welch’ ächter Bayer wird nicht solche Beweise der Liebe und Königlichen Huld aus Rührung und dankbarer Anerkennung durch ein bleibendes Monument der Nachwelt aufbewahrt wissen wollen?“[104]

In Rosenheim blieb der Aufruf nicht ungehört; am 19. Mai 1833 berichtete das „Wochenblatt“, dass Magistrat und Bürger eine Summe von 104 Gulden und 16 Kreuzern für das Denkmal aufgebracht hatten.[105]

Am 1. Juni 1834 wurde die feierliche Grundsteinlegung zur Otto-Kapelle bei Kiefersfelden begangen, eine weitere Gelegenheit für den Landrichter, seine monarchische Gesinnung aller Welt zu verkünden. Seine im Druck erschienene Festrede stand unter dem Motto: „König und Vaterland! Ist das Losungswort jedes Bayern, dem er mit Freuden Gut

und Leben weiht."[106] Neben dem Lob der großen Politik Bayerns galt Bisanis Augenmerk vor allem der Treue der Untertanen, die sich eben in der Errichtung dieses Bauwerks ausdrückte: „Hier soll ein Tempel der Liebe und Frömmigkeit entstehen, aus dessen Mitte noch in der spätesten Zeit der Bayern fromme Gebete für den Hochgefeierten zum Himmel emporsteigen."[107] Lob spendete der Landrichter auch allen, die Otto nach Griechenland begleitet hatten, wozu bereits im Juli 1833 aufgerufen worden war.[108] Sein Schlusswort mündete in die obligatorische Ergebenheitsadresse an den regierenden Monarchen Ludwig I., den er als erklärten Verfassungsfreund zu Wort kommen ließ, und das in Zeiten härtester Pressezensur, strengster „Demagogenverfolgung" in Bayern und der reaktionären Bundesbeschlüsse, die der König selbst angeregt hatte.

Das Aufspüren und Unterdrücken liberaler politischer Meinungsäußerungen gehörte nun auch in Rosenheim zum Handwerk der Bürokratie. So erhielt Bisani 1833 den Auftrag, auch die Lateinschule wegen „revolutionär und unbotmäßig gesinnter Elemente" verschärft zu überwachen und notfalls von seinen ausgedehnten Vollmachten Gebrauch zu machen.[109]

Und auch die Presse machte man sich gefügig. Die erste 1833 eingerichtete Zeitung, das „Rosenheimer Wochenblatt", wurde vom Praktikanten beim Kgl. Landgericht Franz Holzer herausgegeben und fungierte als eine von der Regierung gesteuerte Staatszeitung, in einer Zeit freilich, in der die bürgerliche Presse in anderen Landesteilen sich zum Leitmedium bürgerlichen Protests und liberaler Forderungen erhoben hatte.

Wenn sich die Volksstimmung in unerwünschter Weise äußerte, griff die Obrigkeit hart durch. Gegen das Haberfeldtreiben, das im Oberland eine längere Tradition hatte, setzte Landrichter Bisani alle repressiven Mittel von der Geldstrafe bis zum militärischen Einschreiten ein. So hatte die betroffene Gemeinde 50 Gulden an die Armenkasse zu entrichten und die Untersuchungskosten zu tragen, im Falle von Mitwisserschaft oder vorsätzlichem Verschweigen von Teilnehmern wurde ein von der Gemeinde zu finanzierender Militäreinsatz angedroht.[110]

Die revolutionären Jahre von 1848 und 1849 ließen Rosenheim weitgehend unberührt und haben auch aus Mangel an einschlägigen Quellen bisher kaum Bearbeiter gefunden.

Feierliche Grundsteinlegung der Otto-Kapelle Kiefersfelden, Steinstich von J. Rehle, 1834.

Ob ein Haberfeldtreiben, über das die Münchner „Landbötin“ am 26. November 1848 berichtete, schon revolutionären Charakter aufwies, ist schwer zu beurteilen. Immerhin versammelten sich in Rosenheim zwischen Markt und Friedhof an die 500 – nach dem Gendarmeriebericht waren es allerdings nur 100 – teilweise vermummte Menschen aus der weiteren Umgebung. Es wurden eine dreiviertel Stunde lang Reden gehalten, die Beschwerden gegen Landgericht, Rentamt und einzelne Bewohner des Marktes formulierten. Dann löste sich die Protestversammlung allerdings friedlich auf und scheint keine weiteren Nachwirkungen gezeitigt zu haben.[111]

Trotz einer gewissen Häufung dieser traditionsreichen, auf die alten Rügeverfahren zurückgehenden Form des Protests gegen die Obrigkeit in den unruhigen Zeiten der 48er Revolution sind weder konkrete politische Ziele und Forderungen noch eine übergreifende Organisationsstruktur erkennbar.

Ähnlich war dies auch mit einem für den Rosenheimer Jahrmarkt am 30. März 1848 angekündigten Tumult, der den von Revolutionsangst gebeutelten Landrichter Bisani zu erheblichen Vorsichtsmaßnahmen veranlasste.[112] Als einziger Aufrührer mit politischem Bewusstsein lässt sich offensichtlich nur einer dingfest machen: der Poststatthalter und Postexpeditor Franz Xaver Amann, dem 1850 wegen seiner Gesinnung die Stelle gekündigt wurde. Ihm wurde aufgrund der Anzeige seines Vetters, des Buchbinders Amann, die Verbreitung „schlechter Schriften“ und „institutionswidriger Gesinnung“ vorgeworfen. Außerdem hatte er im Wirtshaus Schwinghammer in Rosenheim angeblich geäußert, er habe zur Reichsverfassung geschworen und brauche keinen König und keine andere Verfassung; und dabei soll er sogar den anwesenden Gendarmen zu Hochrufen auf den Revolutionär Hecker und zu unflätigen Äußerungen über den König angestiftet haben. Am 21. Februar 1850 stellte das Kreis- und Stadtgericht Wasserburg das Verfahren mangels Beweisen ein, die Kündigung des Postdienstes aber wurde nicht zurückgenommen. Die Regierung befasste sich dennoch weiter mit ihm und sogar Staatsminister von der Pfordten wollte an Amann, der der Regierung als Aufrührer und Demokrat galt, ein Exempel statuieren. Ein bewilligtes Gnadengesuch wurde vom Minister nicht vollzogen, weil die Stelle des Poststatthalters und Postexpeditors bereits dem Gastwirt und Schiffsmeister Seraphin Greiderer versprochen war, der mit Schadenersatzklage drohte.[113]

In diesen Jahren der Restauration waren Denunziationen offensichtlich an der Tagesordnung und sie betrafen manchen, der von seinen angeblichen revolutionären Umtrieben nichts wusste: den Salineninspektor Doblinger, den Salinenbeamten Kollmann, den Badearzt Dr. Halbreiter und immer wieder in allen möglichen Varianten den ehemaligen Posthalter Amann, der gar als Haupt einer demokratischen Partei in Rosenheim bezeichnet wurde. In einem anonymen Spitzelbrief, der ihm die Rolle eines Verschwörers und Vermittlers revolutionärer Presseerzeugnisse zuschrieb, heißt es:

„Gott bewahre Regierung und Land vor einem Schlage von außen, so geheim und vorsichtig die Leiter dieser Bewegung zu Werke gehen, so leicht kann man den wahren Grund der Sache erraten. Es ist der Umsturz der jetzigen Ordnung und Einführung der Republik. Möge die Regierung besonders zweifelhaft gesinnte Beamte entfernen und beharrlich mit der Kraft auftreten, damit das Landvolk nicht ganz von der schlechten Partei geködert wird.“[114]

Ganz nebenbei wird damit auch noch Landrichter Ebenhöch angeschwärzt, dessen eher moderate Gesinnung manchen ein Dorn im Auge war.

Spärlich sind leider auch die Spuren über das konservative und klerikale Lager, das in Rosenheim durchaus vertreten war. Der mit Unterstützung von Klerus und Verwaltung eingerichtete, aber schon 1849 wieder verbotene „Verein für konstitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit“[115] würde jedenfalls eine gründliche Untersuchung verdienen. Immerhin lässt sich der Autobiografie des Gymnasialprofessors Wolfgang Markhauser eine

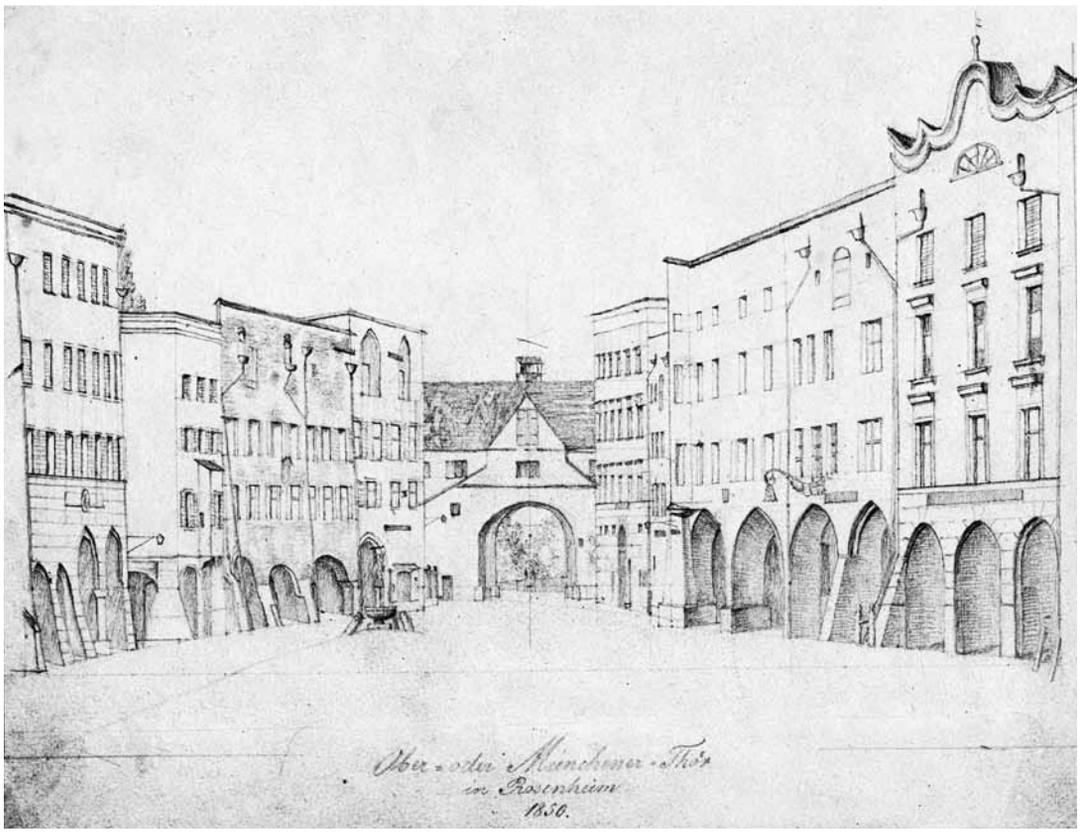
Schilderung der Wahl des damals erst 32-jährigen Prof. Johannes Nepomuk Sepp, später einer der Führer der Bayerischen Patriotenpartei, zum Abgeordneten der Paulskirche entnehmen. Von Pang aus kam Sepp im April 1848 auf einem geschmückten Wagen nach Rosenheim, wo er von seinen Anhängern mit begeisterten Hochrufen empfangen wurde. Am nächsten Vormittag fand im Rathaussaal die Wahlversammlung statt, bei der Sepp eine einstündige Rede hielt. „Er schalt aus Leibeskräften und in äußerst volltönigen Worten über die deutsche Kleinstaaterei, über die Regierungen in der Schlafmütze, über manche Regentenuntugenden und über allerlei anderes“[116] und wurde schließlich von den zum Teil eine Tagesreise weit angereisten Wahlmännern mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt. Die Bürger Rosenheims ehrten ihren Kandidaten anschließend mit einem Fackelzug.[117]

Vertreter vor allem der großdeutschen Richtung, die sich das künftige Deutschland unter Einschluss Österreichs wünschten, hielten mehrmals in Rosenheim Versammlungen ab, so etwa Dr. Zander, der Herausgeber des Münchner „Volksboten“, der die antipreußische Polemik besonders betonte, eine Zielrichtung, die in der Patriotenpartei zum rhetorischen Standardvokabular gehörte und die Volksstimmung vor allem in Altbayern traf.

Nach der Niederschlagung der Revolution und dem Scheitern der Paulskirche wurden die vorher erkämpften Bürgerrechte mit kräftigen Maßnahmen wieder eingeschränkt. Die Regierung arbeitete mit Zuckerbrot und Peitsche. Sie verstärkte einerseits die Sicherheitsbehörden, verbot die demokratisch-republikanische Partei im August 1848 und ging gegen missliebige Redakteure vor. Andererseits aber löste sie keinen der demokratischen Vereine wirklich auf; der König erließ sogar eine Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen und versprach Deserteuren Straffreiheit. Offensiv griff Maximilian II. auch in die Vereinslandschaft ein. Am 19. August 1848 wies er seinen Innenminister an:

„Es ist Zeit, daß etwas geschieht, wirken Sie durch Pfarrer, Lehrer, Beamte, vorzüglich Landrichter, dahin, daß das Gefühl der Liebe zum Vaterlande gehoben erhalten werde, damit es den Wühlern nicht gelinge, durch Vorschieben der Frankfurter Beschlüsse die bayerische Nationalität zu untergraben. […] Benützen Sie die historischen Vereine.“[118]

Die Auswirkungen dieser restaurativen Politik waren auch in Rosenheim spürbar. So wur-



Max-Josefs-Platz mit Münchener Tor, Bleistiftzeichnung von Joseph Graf, 1850.

den Dienstherren und Dienstboten daran erinnert, dass abgeschaffte Feiertage nicht zu Müßiggang genutzt werden dürften und dass Dienstboten an solchen Tagen der Besuch von Wirtshäusern untersagt sei. Gegen Wirte, die dagegen verstießen, und Dienstboten, die an solchen Tagen die Arbeit verweigerten, werde „mit nachdrücklichster Strafe“ eingeschritten, wie Landrichter Ebenhöch ankündigte.[119]

Reglementiert wurden auch die Eisenbahnarbeiter, die in diesen Jahren ohnehin zu sozialen Sorgenkindern und manchmal auch zum Bürgerschreck wurden. Eine ebenfalls vom Landgericht verkündete Verordnung vom 2. Dezember 1852 legte die Polizeistunde für diese Bevölkerungsgruppe von Oktober bis März auf acht Uhr, von April bis September auf neun Uhr abends fest und wies die Wirte an, nach diesem Zeitpunkt weder Speisen noch Getränke an sie auszugeben. Außerdem hatten sie den Anteil am Wochenlohn zu berücksichtigen, der im Wirtshaus ausgegeben werden durfte. Zugleich wurde bei den Vermietern die Anzeigepflicht in Erinnerung gerufen und die Fortführung der Verzeichnisse für die in jeder Gemeinde wohnenden Eisenbahnarbeiter angemahnt.[120] Sogar zusätzliche Gendarmen wurden nach Rosenheim entsandt, um die öffentliche Ordnung zu sichern. Die Furcht vor den sozialen Folgen war unübersehbar. Im Februar 1853 schrieb das Rosenheimer Landgericht an die Regierung von Oberbayern:

„Wenn man bedenkt, das nur schlecht gesittete Personen solche Arbeit in der Regel annehmen, so mag klar sein, das die Verderbnis auch unter den jungen, die mit solchen Personen in Umgang kommen, schnell und weit verbreitet wird.“[121]

Besondere Aufmerksamkeit galt auch den wandernden Handwerksgesellen, die schon lange als revolutionäres Potenzial verdächtigt wurden und aus deren Reihen sich auch wenig später die Arbeiterbewegung rekrutierte. Am 20. Januar 1856 gab das Königliche Landgericht seine restriktiven Anweisungen weiter, die schon bei Antritt der Wanderschaft eine Genehmigung der Eltern und der Heimatgemeinde und den Nachweis ausreichender Finanzmittel verlangten. Außerdem musste das bisherige Verhalten Gewähr für „eine ersprießliche Wanderschaft“ bieten, ein sehr dehnbarer Paragraf, mit dem sich nach Belieben reglementieren ließ. Andernfalls war eine Strafe wegen Bettelns zu erwarten, die auch beim Abweichen von der genehmigten Route drohte. Wer einmal wegen ordnungswidrigen Verhaltens in die Heimat zurückverwiesen worden war, musste dort erst längere Zeit dienen, ehe er eine neue Genehmigung beantragen konnte.[122]

Maßnahmen ergriff man auch gegen den Brauch des „Blauen Montags“, den die Handwerksmeister aus Angst um ihre Arbeitskräfte duldeten. 1858 drohte das Landgericht Rosenheim eine Bestrafung an, 1862 wurden 12 Personen zu Arreststrafen verurteilt.[123]

Als erster Monarch hat sich Max II. allerdings der sozialen Frage zugewandt, wobei seine Bemühungen um karitative Vereine eher der Sorge vor dem sozialen Unruhepotenzial entsprangen als christlicher Nächstenliebe. Als eine Art defensiver Prophylaxe hatte diese frühe Sozialpolitik auch wenig Erfolge zu verbuchen.

Eine Sozialmaßnahme der besonderen Art, vom König schon 1852 gefordert, trat in Rosenheim mit der Einrichtung einer „Spar- und Hilfskassa“ am 19. April 1856 ins Leben, die „der bedrohlichen Verarmung auf jede nur immer mögliche Weise entgegenzuwirken“[124] hatte. In der Vorlage des Landrichters Ebenhöch vom 3. Januar 1855 hieß es dementsprechend:

„Daß Jeder sich ehrlich nähren, Jeder sein eigen Brod essen, Jeder sein eigenes Kleid tragen wolle, dieses vor allem gilt es zu bewirken. Die Armuth ist ein störrisches, verwahrlostes Kind, es will geleitet, geführt und getragen sein. Man muß ihm die Bahn brechen. Freude zu nützlicher Tätigkeit, Lust zur Arbeitsliebe, für redlichen Erwerb und Sinn für Häuslichkeit; diese stets frischen Quellen des Erdenglückes müssen der Armuth eröffnet werden.“[125]

Dieses bürgerliche Sozialkonzept wurde getragen von einem Ausschuss, dem drei Pfarrer, ein Apotheker und ein Gemeindevorsteher angehörten, sowie von einer Verwaltungskommission, die aus dem amtierenden und zwei ehemaligen Bürgermeistern bestand. Als erster Sparkassenleiter fungierte der ehemalige Bürgermeister, Distriktsrat, Landtagsabgeordnete und Apotheker Johann Georg Rieder, der einem alten Rosenheimer Geschlecht entstammte.[126]

Wirtschaftliche Entwicklung im Industriezeitalter

Ludwig Eid teilt Rosenheims wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1806 und 1906 in drei Perioden ein, deren erste von 1806 bis 1849 reichte und in der das Salz zum dominierenden Element, Rosenheim selbst zur Salzstadt wurde.[127] Beeinträchtigt von erheblichen Kriegsfolgen und eingeschränkt durch den zwar gesetzlich aufgehobenen, aber in der gesellschaftlichen Praxis weiter wirksamen Zunftzwang, waren staatliche Maßnahmen einerseits und privates Engagement andererseits die Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität. Zahlreiche Behörden gaben zunächst dem Markt eine zentrale Funktion, die Infrastruktur wurde verbessert durch verschiedene Straßen-, Brücken-, Fluss- und Hausbauten. Dazu gehörte auch die nach sieben Monaten Bauzeit vollendete und am 11. Juli 1811 eröffnete Innbrücke, zu deren festlicher Eröffnung sich Minister Montgelas persönlich einfand. Nach 24 Jahren allerdings musste sie bereits wegen Baufälligkeit einer „Notbrücke“ Platz machen, die dann immerhin 30 Jahre Bestand hatte, ehe sie 1865 von einer eisernen Bogenbrücke abgelöst wurde.[128] Den entscheidenden Impuls aber gab 1810 die Errichtung der Saline, deren ökonomische Schubkraft für Rosenheims Entwicklung nicht überschätzt werden kann. In ihrem Gefolge entstand eine bescheidene erste chemische Industrie. Der Saline verdankte es Rosenheim, dass es 1821 zum ersten bayerischen Solebad aufstieg.

Dennoch verblieb der Markt, dessen Einwohner bereits zu einem Siebtel Fabrikarbeiter waren, noch weitgehend in den alten Strukturen, die von Hazzi 1801 beschrieben hat: 160 Bürger verfügten über 210 Realrechte für die Gewerbeausübung und damit zum Teil über mehrere Berechtigungen. Trotz der Veränderung des Zunftrechts und neuer Gesetze im Jahre 1825, die mehr Gewerbefreiheit und Freizügigkeit erlaubten, trotz des Anschlusses Bayerns an den Zollverein 1834, mit dem der freie Handel in Deutschland befördert werden sollte, stieg die Zahl der Handwerksrechte in Rosenheim nur unwesentlich, obwohl sich seine Bevölkerungszahl inzwischen verdoppelt hatte.[129]

Nach 1830 fürchtete Ludwig I. die sozialen Folgen einer gezielten Industrialisierungspolitik zunehmend und ließ daher entsprechende Maßnahmen nur noch zögerlich und halbherzig zu. 1834 revidierte er sogar Teile der liberalen Gesetze von 1825. Insgesamt dominierten nun wieder wie im staatlichen Bereich strenge Aufsicht und ängstliche Fürsorge, sodass sich für Investitionen und unternehmerische Tätigkeit wenig Anreize boten. In den katholischen Regionen Bayerns war die Ablehnung des Industriesystems im Übrigen weitaus massiver als in den neubayerischen Gebieten, wo die Arbeitsethik des Protestantismus der neuen Entwicklung entgegenkam. Typisch für die Angst vor einem unerwünschten Wertewandel, wie sie in der katholischen Bevölkerung vor allem des ländlichen Raumes verbreitet war, ist der Hirtenbrief des Bischofs von Regensburg aus dem Jahre 1840:

„An die Stelle der alten deutschen Biederkeit und Ehrlichkeit im Handel und Wandel sind Verschmitztheit und Überlistung des nächsten, Meineid und Treuebruch; an die Stelle gegenseitiger Liebe und nachbarlicher Hilfeleistung, sind Neid und Mißgunst, Verfolgung und Zwietracht getreten, und die Sicherheit der Person und des Eigenthums wird täglich mehr gefährdet durch ungezügelte Habsucht. […] Auf der Vergessenheit Gottes beruht auch jenes aus allen Schranken getretene Streben unserer Zeit, mit unersättlicher Selbst- und Gewinnsucht den materiellen Interessen, d. h. dem Reichtumsgötzenthum, wie einst Israel dem goldenen Kalb, zu

huldigen, und in dieser Huldigung gegen die Gesetze Gottes wie der Kirche sich jeden Frevel zu erlauben, und mit den heiligsten Angelegenheiten der Menschheit zu spielen.“[130]

Bezeichnenderweise stößt der Bericht der Polizeidirektion von Oberbayern in das gleiche Horn, wenn er feststellt, „dass jene Gottesfurcht, jene Achtung gegen Vorgesetzte, und jener Gehorsam gegen die bestehenden Verordnungen die Bewohner und insbesondere jene des flachen Landes im Allgemeinen nicht mehr beseele, die man früher bey selben zu finden gewohnt war, dass vielmehr die jungen Burschen namentlich von 18 bis 30 einen Übermuth, eine Verachtung alles Würdigen und Heiligen, eine Mißachtung der Verordnungen und Jener, die Gesetze in Anwendung bringen, eine gewiße Aufgeregtheit, eine auffallende Frechheit, und einen auffallenden Trotz zur Schau tragen, die bey geringen Veranlassungen in Exzeße auszuarten drohen […].“[131]

Max II. schließlich richtete nach politischen Anstößen durch die Revolution bereits 1848 einen Unterstützungsfonds für die Industrieförderung und ein eigenes Handelsministerium ein. Allerdings revidierte in der Reaktionsära seit 1850 die Regierung manche Maßnahmen wieder und verschärfte 1853 sogar das Gewerbegesetz. Die wirtschaftlich notwendige Einführung der vollständigen Gewerbefreiheit und ein liberales Heimat-, Niederlassungs- und Verheiratungsrecht wurden daher erst unter Ludwig II. 1868 Gesetz.

Frühindustrielle Kerne bildeten sich an Orten bereits vorhandener Betriebe, vor allem der seit dem 15. Jahrhundert bestehenden Mühlen und Hämmer. Gesichert sind für Rosenheim ein Messingwerk und ein 1803 offensichtlich neu hergestellter Kupferhammer, deren Tradition bis ins 18. Jahrhundert zurückreichte.[132] 1829 spricht eine anonym erschienene „Beschreibung aller Städte und Märkte Bayerns“ von einer Messingdrahtfabrik und einem Kupferhammer.

1841 erwarb der Eisenhändler Nikolaus Stumbeck[133] einen Waffenhammer, der sich in der Nachbarschaft dieser Anlage befand und neben Sensen, Sicheln, Äxten und anderen Werkzeugen auch Degenklingen und Bajonette fertigte. 1834 hatte er bereits von der Eisenhändlerin Anna Plest das Anwesen Max-Josefs-Platz 11 erworben und damit einen florierenden Eisenhandel in der Rosenheimer Innenstadt begründet. Im selben Jahr erhielt er auch das Recht zur Ansässigmachung in Rosenheim. Die Maschinenfabrik Stumbeck produzierte in der Folgezeit Eisenteile für die Bahn,

Bogenbrücke über den Inn (links: Brunnwärterhaus der Saline), lavierte Federzeichnung von Friedrich Wilhelm Doppelmayr, 1816.

Wasserturbinen und landwirtschaftliche Maschinenteile, ab 1877 verlagerte sich der Schwerpunkt auf Brauereianlagen und dann auf Holzbearbeitungsmaschinen. 1931 wurde sie von der konkurrierenden Maschinenfabrik Beilhack übernommen, die ihrerseits in Bezug zur alten Messingfabrik stand.

1857 hatten die Gebrüder Beilhack das Gelände erworben und dort ein Eisen- und Kupferhammerwerk mit einer Maschinenfabrik errichtet, die zum Ausgangspunkt für ein florierendes, bis 2001 bestehendes Familienunternehmen in Rosenheim wurde. Errichtet wurde 1830 bei Stephanskirchen auch eine Pulverfabrik, die allerdings im 19. Jahrhundert dreimal in die Luft geflogen ist, und 1855 schließlich eine Kunstmühle.

1829 wurde am Standort des früheren Messingwerks die chemische Fabrik von Umrath und Comp. gegründet, die Salz und Mutterlauge von der Saline, tierische Abfälle aus München und Schwefelsäure aus Salzburg bezog und daraus das für die Glashütten nötige Glaubersalz und außerdem Chlorkalk, Knochenleim, Salmiak, Knochenmehl, Soda u. a. m. herstellte. Mit der Seilerwarenfabrik J. A. Huber (1856) und der Baumwollspinnerei in Kolbermoor (1860) hielt die Industrialisierung endgültig Einzug. Damit konnten Rosenheim und seine Umgebung gut gerüstet und mit der nötigen Aufgeschlossenheit in die nächste Phase einer Wirtschaftsgeschichte eintreten, die von der Dampfmaschine und der Eisenbahn bestimmt war.

Ein bedeutender Wirtschaftsfaktor war und blieb die Innschifffahrt, die mit ihren Schiffs- und Treidelzügen das Transportwesen über Jahrhunderte bestimmte.[134] Vor allem Gips und Kalk beförderten die Plätten zu Beginn des 19. Jahrhunderts, später transportierten sie auch Materialien für die Bauten in der Donaumonarchie und für den Eisenbahn- und Kanalbau. Von der Schifffahrt lebten nicht nur die Schiffsleute, sondern auch eine ganze Reihe von Gewerben, die bei Herstellung, Transport und Verkauf eingebunden waren. Kurzzeitige Konkurrenz entstand dieser traditionellen Transportweise durch den Einsatz von Dampfschiffen,[135] die der Münchner Unternehmer von Maffei zur besseren Auslastung seiner Maschinenfabrik zum Einsatz brachte. Als erstes von einer Dampfmaschine getriebenes Schiff landete die „Wasserburg“ am 6. September 1854 in Rosenheim. Sie war 140 Meter lang und mit den Radkästen 28 Meter breit und verfügte über 60 PS Antriebsstärke. Am 4. Juli 1857 erhielt der Schleppdampfer „Rosenheim“ eine Flagge vom Magistrat der Stadt Rosenheim überreicht. Zwischen 1854 und 1858 fanden regelmäßige Personenfahrten zwischen Rosenheim und Passau statt, die allerdings 1859 aus Mangel an Nachfrage wieder eingestellt wurden. Danach verkehrten nur noch Schleppdampfer, die Schienen für den Eisenbahnbau oder Getreide für die österreichische Armee nach Italien transportierten. Dennoch hatte diese Technik angesichts der starken Abhängigkeit vom Wasserstand und der inzwischen massiven Konkurrenz der Eisenbahn keine Überlebenschance.

Rosenheim als Eisenbahnstadt

Damit sind wir bereits mitten in der zweiten Periode der Wirtschaftsentwicklung Rosenheims, die von der Eisenbahn bestimmt war. Mit der dadurch ausgelösten neuen Dynamik endet für Ludwig Eid die Epoche des alten Rosenheim. Ein wenig sentimental blickt er zurück und beklagt die neue Entwicklung:

„Da kam der Wirbelwind von 1848 und mit der Eisenbahn gerät die schöne reiche grundgelehrte Altertumswissenschaft und der unersättliche Rententrieb über das oberbayerische Märktlein, bis es für das Auge des flüchtigen Beschauers eine Allerweltsstadt geworden ist.“[136]

Mit der ersten deutschen Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth war Bayern 1835 früh ins Industriezeitalter eingetreten. Gerade sie war Symbol und Schwungrad der Frühindustrialisierung. In Altbayern gehörte Rosenheim zu den Vorreitern, an deren Entwicklung sich die Bedeutung der Eisenbahn sowohl für die Stadtentwicklung als auch für den ökonomischen Aufschwung demonstrieren lässt.[137] Die Pläne

dazu reichten bis ins Jahr 1835 zurück, eine Zeit, in der König Ludwig I. noch mahnende Gedichte gegen die neue Technologie geschrieben hatte.[138]

Der Einsatz des Münchner Unternehmers und Eisenbahnpioniers von Maffei, dessen Lokomotivfabrik zur gleichen Zeit mit einem staatlichen Hypothekendarlehen von 250.000 Gulden und 30 wöchentlichen Zuschüssen von jeweils 8.000 Gulden vor dem Zusammenbruch gerettet wurde, brachte Bewegung in die Planung. Am 10. September 1848 genehmigte König Max II. die Bildung einer Privatgesellschaft, des „München-Rosenheim-Salzburger Eisenbahnvereins", die allerdings nicht genügend Aktionäre fand. Deshalb übernahm der Staat im Mai 1852 das gesamte Projekt und führte unter der Regie der Königlich Bayerischen Eisenbahnbau-Sektion die unterbrochenen Bauarbeiten 1857 fort.[139] Dabei ging das staatliche Interesse weit über die bloße regionale Wirtschaftsförderung hinaus, weil die Maximiliansbahn zwischen München und Salzburg letztlich Teil einer großen Transversale zwischen Wien und Paris sein sollte. Schon 1851 hatte man diese grenzüberschreitende Planung sowie die Strecke nach Kufstein in einem Staatsvertrag mit Österreich vereinbart, der allerdings 1854 in Schwierigkeiten geriet. Bayerns Außenminister von der Pfordten begründete das politische Interesse des Königreichs an der Realisierung dieser Planung mit aufschlussreichen Worten:

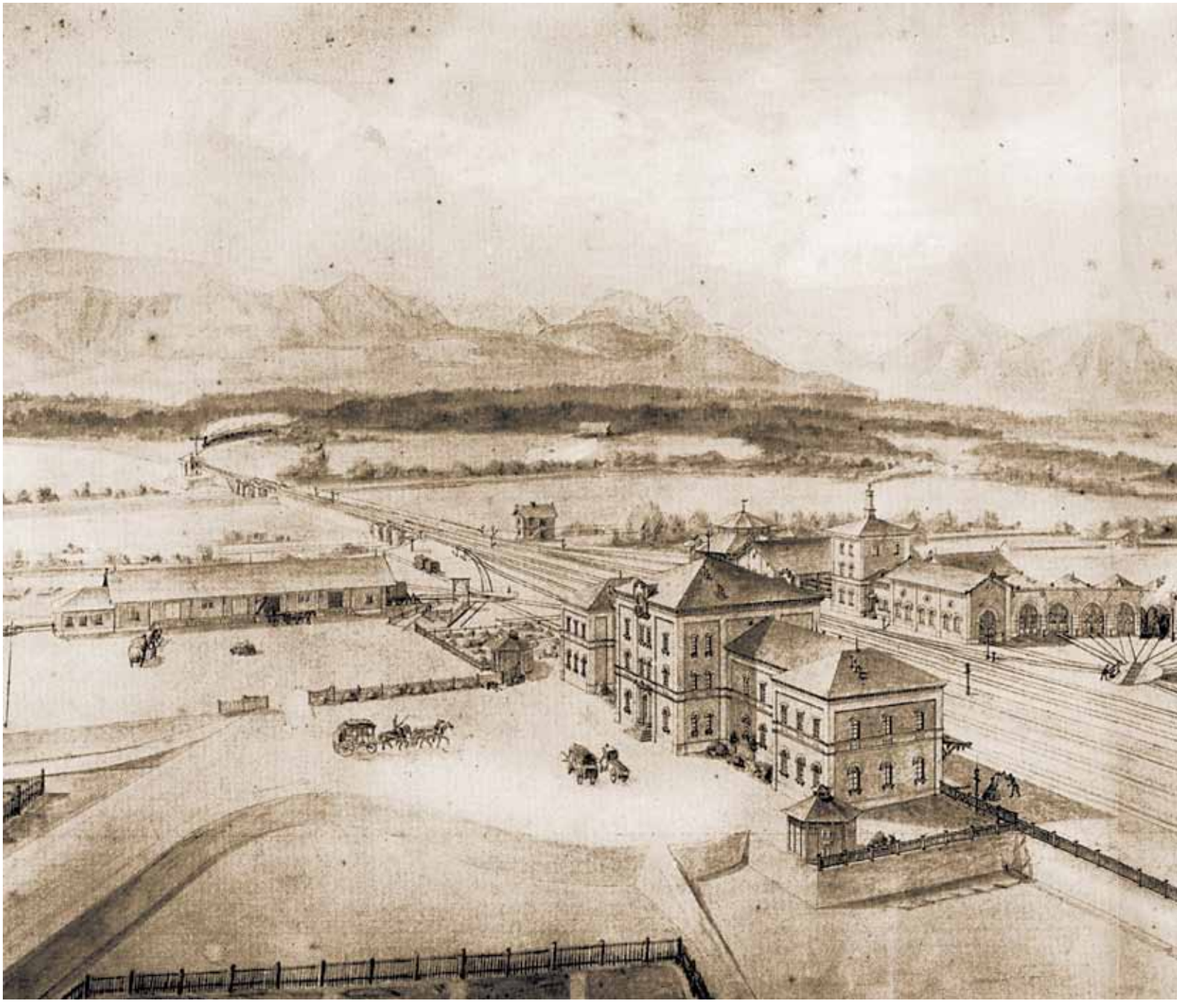
„Für Bayern ist es eine unverkennbare Lebensfrage, dass seinem Ein- und Ausfuhr-Handel bis an die Haupthäfen des mittelländischen Meeres geöffnet werde, weil nur dadurch die unnatürliche Abhängigkeit von dem Norden und die einseitige Richtung seiner bisherigen Verkehrsbeziehungen aufgehoben und die Vortheile, die eine Handelsbeziehung mit Österreich darbietet, genommen werden können."[140] Diese großdeutsche Orientierung, die in der bayerischen Politik seit 1848 hohen Stellenwert hatte und auch von starken Kräften unterstützt wurde,[141] endete mit dem Sieg Preußens 1866 und endgültig mit der Gründung des kleindeutschen Reiches im Jahre 1871.

Ebenso weitblickend benannte von der Pfordten auch die militärische Bedeutung der beiden Linien nach Salzburg und Innsbruck, für die Rosenheim der Knotenpunkt werden sollte, nämlich das Interesse Österreichs, über eine direkte Verbindung in die Lombardei im Falle „einer allenfallsigen Insurektion in Italien oder einem Kriege mit Frankreich"[142] zu verfügen. Entsprechende Einquartierungen ließen übrigens nicht lange auf sich warten. Schon 1859 wurden 5.438 Mann österreichischer Truppen und 695 bayerische Jäger in Rosenheim einquartiert, welche die Bundesfestungen Ulm und Rastatt zu besetzen hatten, und gleichzeitig bildete man ein Komitee zur Unterstützung der für den Krieg in Italien auf der Eisenbahn durchreisenden österreichischen Armee, das immerhin Aufwendungen in Geld und Naturalien in Höhe von 3.890 Gulden und 12 Kreuzern aufzubringen hatte.[143]

In Rosenheim, das mit seiner Saline, den beabsichtigten Gütertransporten und der erwarteten Personenbeförderung von Badegästen, Touristen und Geschäftsleuten den Konkurrenten Wasserburg schon bald aus dem Rennen geworfen hatte, wühlte allerdings zunächst der Streit um die Linienführung und um den Standort des Bahnhofs die Gemüter auf.[144] Zunächst plante der Staat 1849 eine zwei Kilometer südlich der Altstadt verlaufende Trasse, wohingegen sowohl der Rosenheimer Magistrat als auch der an diesem Projekt beteiligte Unternehmer von Maffei wegen der Inn-Dampfschifffahrt den Bahnhof im Norden des Marktes, nahe der Innlände im Bereich der sogenannten Schmucken, sehen wollten.

1852 rückte ein Standort im Süden in der Nähe der Saline ins Blickfeld, gegen den der Magistrat und private Spekulanten opponierten. Der 1850 wegen seiner politischen Gesinnung entlassene ehemalige Posthalter Franz Xaver Amann richtete gar am 20. Dezember 1853 ein wortreiches Gesuch an Minister von der Pfordten, in dem er sein persönliches Gewinninteresse unverblümt offenlegte und als eine Art Kompensation für seine Entlassung die Standortentscheidung für die nördliche Trasse forderte:

„Die Zeit der Entscheidung über das Wohl und Wehe der Gemeinde Rosenheim rückt nun sehr nahe, welche in der Wahl des Platzes für den hiesigen Bahnhof liegt, ob derselbe auf der nördlichen oder südlichen Seite des hiesigen Marktes zu stehen kommen soll. Allein, da sehr zu befürchten ist, dass den Ansichten der Techniker, welche, wie es scheint, das Wohl des größten Teils der Gemeinde nicht ins Auge fassen, entsprochen werden wird, so wage ich es mich an Eure Exzellenz mit meinem Anliegen schriftlich zu wenden, da ich persönlich Eure Exzellenz bey letzten hier seyn, nicht belästigen wollte […]. Auf Grund der mehrfachen Angaben des Magistrats, den Bahnhof an der nördlichen Seite des Marktes beizubehalten, machte ich mir die freudige Hoffnung auf diese Weise für den unverschuldeten Verlust des hie-



Gesamtansicht des ersten Rosenheimer Bahnhofs, lavierte Bleistiftzeichnung von Friedrich Seidel, 1859.

sigen k. Postdienstes wieder entschädigt zu werden, da mein Gasthaus am Bahnhof an der nördlichen Seite am nächsten gelegen wäre und ich mittels Ankauf eines an mein Gasthaus anstoßenden Gebäudes in den Stand gesetzt bin, mein Gasthaus, welches ich im Jahre 1845 für die Post schon mit großem Kostenaufwand vergrößerte, so herzustellen, dass selbes für einen Bahnhof gewiß entsprechen würde. Durch die Verlegung des hiesigen Bahnhofs von der nördlichen auf die südliche Seite des Marktes steht mir nun in Aussicht meinem gänzlichen Untergang entgegen sehen zu müssen."[145]

Dieser Antrag machte allerdings in München nicht den gewünschten Eindruck. Nach dem Besuch einer Kommission und schließlich sogar des Ministerpräsidenten von der Pfordten selbst entschied der König schließlich auf Antrag der Staatsregierung gegen den Wunsch der städtischen Organe am 7. April 1854 für die südliche Trasse, die nur um den Preis eines städtebaulichen Sündenfalls realisiert werden konnte: Das Münchener Tor wurde abgerissen.[146] Diese planerische Fehlentscheidung, wie man sie aus heutiger Sicht ohne Frage bezeichnen muss, wird angesichts der bereits 1876 erforderlichen Verlegung des Bahnhofs umso offensichtlicher. Am 24. Oktober 1857 um 12 Uhr erreichte der erste Zug der Königlichen Maximiliansbahn den damals noch provisorischen Bahnhof am Roßacker, am 31. Oktober fand die offizielle Eröffnungsfahrt statt. Schon am 5. August des folgenden Jahres fuhr der erste Zug von Rosenheim nach Kufstein. Am 13. November 1858 schließlich konnte der Rosenheimer Bahnhof eröffnet werden, ein Prachtbau, errichtet von einem bedeutenden Bahnhofsarchitekten und ausgestattet wie ein repräsentativer Herrschaftssitz, mit einem gegenüberliegenden Betriebswerk und großzügiger Lokomotivenrotunde.[147]

Innerörtlich wurden im selben Jahr die sogenannte „Salzspur", eine Gleisverbindung vom Bahnhof zur Saline, und ein Gleis zur Innlände errichtet. Im Sommer 1860 konnten schließlich, nachdem mit der mächtigen steinernen Innbrücke ein technisches Meisterwerk gelungen war, die Gleise nach Salzburg vollständig verlegt werden, sodass am 12. August die gesamte Bahnlinie München–Salzburg vom österreichischen Kaiser und vom bayerischen König in Salzburg gemeinsam eröffnet werden konnte.

Rosenheim war nun endgültig zu einem Bahnknotenpunkt von europäischem Rang und zur „Eisenbahnstadt" geworden, ein Profil, das sich in den

folgenden Jahrzehnten noch verstärken sollte. Die rasante Entwicklung des neuen Verkehrsmittels erfasste mit seiner Dynamik nicht nur den Ort, sondern die ganze Region.

Das Gesicht des Marktes, sein wirtschaftliches Profil und sein Selbstbewusstsein veränderten sich, weitere Industriebetriebe siedelten sich an. Die Landeshauptstadt war nun auf drei Stunden Fahrzeit herangerückt und konnte mehrmals täglich besucht werden. Immerhin sind im Jahre 1858 insgesamt 66.903 Fahrkarten verkauft worden, zwei Jahre später waren es bereits über 108.000. Die Einwohnerzahl stieg so rasant an, dass Rosenheim im Verlauf eines Jahrhunderts seinen Rang und Stellenwert in Bayern geradezu nach oben katapultierte:

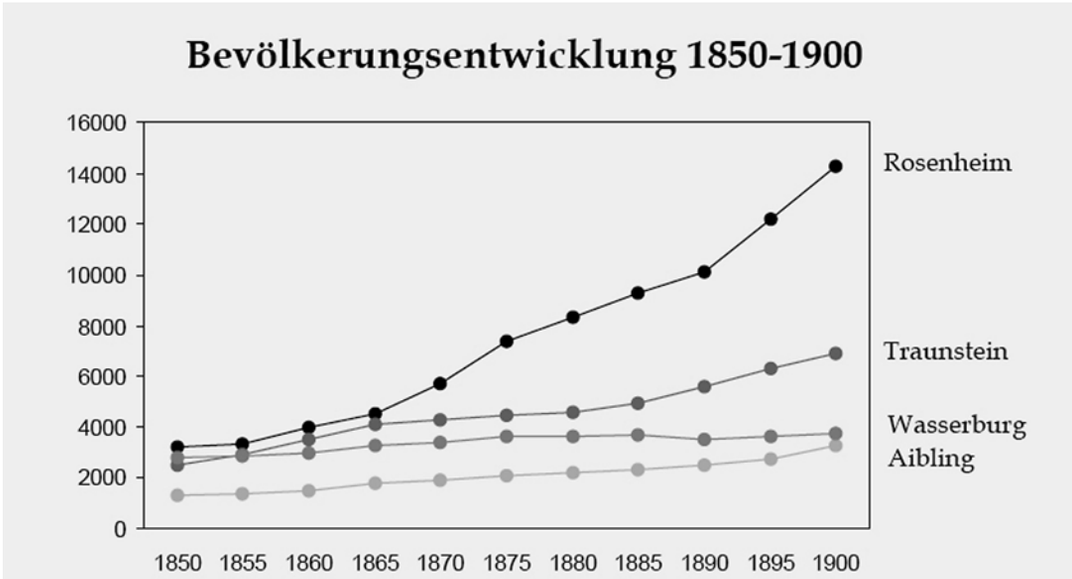
„Rosenheim, vor hundert Jahren ein Markt, Aibling, Grafing, Wemding gleich, kleiner als Weilheim, Wasserburg, Aichach, nur halb so groß als Tölz, Reichenhall, Burghausen, etwa ein Drittel nur von Ingolstadt, hat an Zivilbevölkerung dieses letztere eingeholt und ist zur drittgrößten, unmittelbaren Stadt Oberbayerns, zur 29. Stadt Bayerns überhaupt geworden. Von 1.760 Einwohnern im Jahre 1805 sind wir auf 15.403 im Jahre 1905 angewachsen und haben uns mit diesem Wachstum den größten Städten Bayerns, München und Nürnberg, gleichgehalten“[148], beschreibt Ludwig Eid diese Veränderung sehr anschaulich.

Schon Rosenheims erster Chronist, Otto Titan von Hefner, verband als Zeitgenosse daher völlig zu Recht mit der Eisenbahn und ihren Folgen „günstige Hoffnungen für die Zukunft des Marktes“[149], der zweite, Adolf Stempfle, konnte bereits die Erfolge benennen: „Ungemein günstig hat die Einziehung unserer Stadt in das bayerische Eisenbahnnetz auf die Entwicklung der heimischen industriellen und commercialen Verhältnisse gewirkt.“[150]

Nicht zufällig wurde in Rosenheim im September 1861 das erste Landwirtschaftliche Bezirksfest mit Industrieausstellung abgehalten, das eine Tradition begründete, in der sich Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie gemeinsam präsentierten.[151]

Stadterhebung

So blieb als letzte Bestätigung dieses Ranges nur noch der formale Akt der Erhebung zur Stadt, der zu diesem Zeitpunkt längst überfällig war.[152] Josef Friedrich Lentner bezeichnete in seiner Landesbeschreibung von 1849 Rosenheim schon als bedeutendsten oberbayerischen Markt mit überwiegend städtischem Charakter, als Unterzentrum und Verkehrsmittelpunkt.[153] In der 1860 erschienenen Landes- und Volkskunde „Bavaria“ wurde Rosenheim sogar „der erste Markt des Königreiches“[154] genannt. Diese Einschätzung bestätigt 1861 auch der Gerichtsarzt Dr. Joseph Zetl in seinem Physikatsbericht, in dem er Rosenheim ebenfalls als Zentrum mit deutlich städtischer Prägung beschreibt und



Bevölkerungsentwicklung von Rosenheim 1850–1900.

dafür zahlreiche Belege aus dem Ortsbild und der Bauweise anführt. Auch die bürgerlichen Gewerbebetriebe und erste fabrikmäßige Produktionsstätten sind ihm Beleg für den städtischen Charakter Rosenheims. Und selbst bei der Kleidung, der Ernährung und dem Freizeitverhalten macht er deutliche Unterschiede zum Land und kleineren Märkten aus.[155]

Als im Gefolge der Revolution von 1848 die Trennung von Verwaltung und Justiz auch auf der unteren Behördenebene beschlossen wurde und damit die Errichtung von Bezirksgerichten zu erwarten war, bemühte sich der Rosenheimer Magistrat um diese Einrichtung und verband damit den Antrag zur Erhebung in den Rang einer Stadt, weil man sich damit höhere Chancen versprach.[156] Die erste Eingabe vom 30. Juni 1848 hatte im Vorfeld bei den Gemeindebevollmächtigten Bedenken wegen zu erwartender höherer Kosten ausgelöst. Dennoch ging das Gesuch an das Ministerium des Inneren weiter, wobei Landrichter Emmerich Bisani die angeführte Begründung nicht nur bestätigte, sondern noch zusätzlich auf die bestehende lateinische Schule hinwies. Der Regierung von Oberbayern, die den Antrag zunächst erhielt, genügten allerdings die Angaben vor allem zur Geschichte des Marktes nicht, sodass der Marktschreiber Gensperger nun eine 30-seitige historische Abhandlung verfassen musste. Da kein Archiv im heutigen Sinne bestand und die vorhandenen Akten ungeordnet irgendwo lagerten, konnte er sich lediglich auf die Beschreibung Klöckels von 1815 und den Atlas von Bayern von 1840 stützen und lieferte dementsprechend eine bunte Mischung aus Sage und Geschichte. Inzwischen regten sich in der Gemeinde erneut Bedenken, die der Landrichter an die Regierung von Oberbayern weitergab. Diese empfahl daraufhin die befristete Zurückstellung des Antrags oder die Prüfung der gegenwärtigen finanziellen Belastungen für die Gemeinde. Offensichtlich ist aber dann in den Wirren des Jahres 1848, das immerhin revolutionäre Unruhen, den Rücktritt König Ludwigs I., zwei Reformlandtage, eine neue Regierung und erhebliche Veränderungen im konstitutionellen System gebracht hatte, Rosenheims Antrag untergegangen.

Am 6. Oktober 1856 unterschrieb deshalb – wieder in der Hoffnung auf das künftige Bezirksgericht – Bürgermeister Aicher einen zweiten Antrag, der wenige Monate später unter Hinweis auf die Ausgabenmehrung erneut abgelehnt wurde. Der Königliche Notar Kaspar Schlosser setzte schließlich durch eine aufrüttelnde Rede im Gremium der Gemeindebevollmächtigten am 18. Juli 1864 einen einstimmigen Beschluss durch, der zum dritten, diesmal erfolgreichen Antrag führte. „Ist es zeitgemäß, nützlich und notwendig, dass der bisherige Markt Rosenheim zur Stadt erhoben werde?“, so fragte er, und seine Ausführungen überzeugten allgemein. Zur Begründung für den Antrag stützte man sich auf die früheren Ausführungen zur Einwohnerzahl, zum Vermögen, zum historischen Geschehen, zu Kunst und Handel, zur Saline und zum Badewesen und ergänzte sie um Hinweise auf die Eisenbahnlinien, die neuen industriellen Betriebe und die neuen Bevölkerungszahlen. Rosenheim stand damit eindeutig an vierter Stelle in Oberbayern, finanziell wahrscheinlich sogar noch höher. Außerdem konnte Rosenheim seine historische Entwicklung nun ebenso fundiert wie detailliert mit einer 1860 veröffentlichten vorzüglichen Chronik belegen, die der Münchner Historiker Otto Titan von Hefner[157] im Auftrag des Magistrats erarbeitet hatte und von der König Max II. sofort ein persönliches Exemplar erhalten hatte. Am 13. August 1864 übergab man das Gesuch dem Königlichen Bezirksamt, das seit 1862 in Rosenheim bestand. Schon vier Wochen später erhielt man die Mitteilung, dass König Ludwig II., der seinem im März verstorbenen Vater inzwischen nachgefolgt war, die Erhebung Rosenheims zur Stadt genehmigt habe. Innerhalb von drei Tagen musste nun eine Feier vorbereitet werden, bei der die Übergabe der Urkunde festlich begangen werden sollte.

Der 28. September 1864 war der große Tag, an dem nach einem feierlichen Gottesdienst in der Stadtpfarrkirche Bezirksamtmann Franz Christoph dem Apotheker Dr. Joseph Georg Rieder, nunmehr Erster Bürgermeister der neuen Stadt, die Stadterhebungsurkunde[158] überreichte. Anwesend bei dem Festakt waren auch Deputationen aus Aibling und

Ludwig

von Gottes Gnaden König

Pfalzgraf bey Rhein, Herzog von Bayern, Franken

Nachdem Magistrat und Gemeinde-Gesellschaft des Marktes Rosenheim die allerunterthänigste Markt in die Reihe der Städte aufzunehmen; finden Wir Uns in landesväterlichem Wohlwollen und landesväterlichen Gefühlen allergnädigst bewogen, den bittenden Markt Rosenheim, Bezirksamt

1. Unseres Königreichs hiermit aufzunehmen.

Zur Bestätigung dessen haben Wir gegenwärtige von Uns eigenhändig unterzeichnete und mit Unserm Siegel versehene Urkunde ausfertigen und der Vorstadtgemeinde Rosenheim zustellen lassen.

So gegeben zu Hohenschwangau am fünfzehnten September im Jahre des Heils Eintausend achthundert und im ersten.

Ludwig.

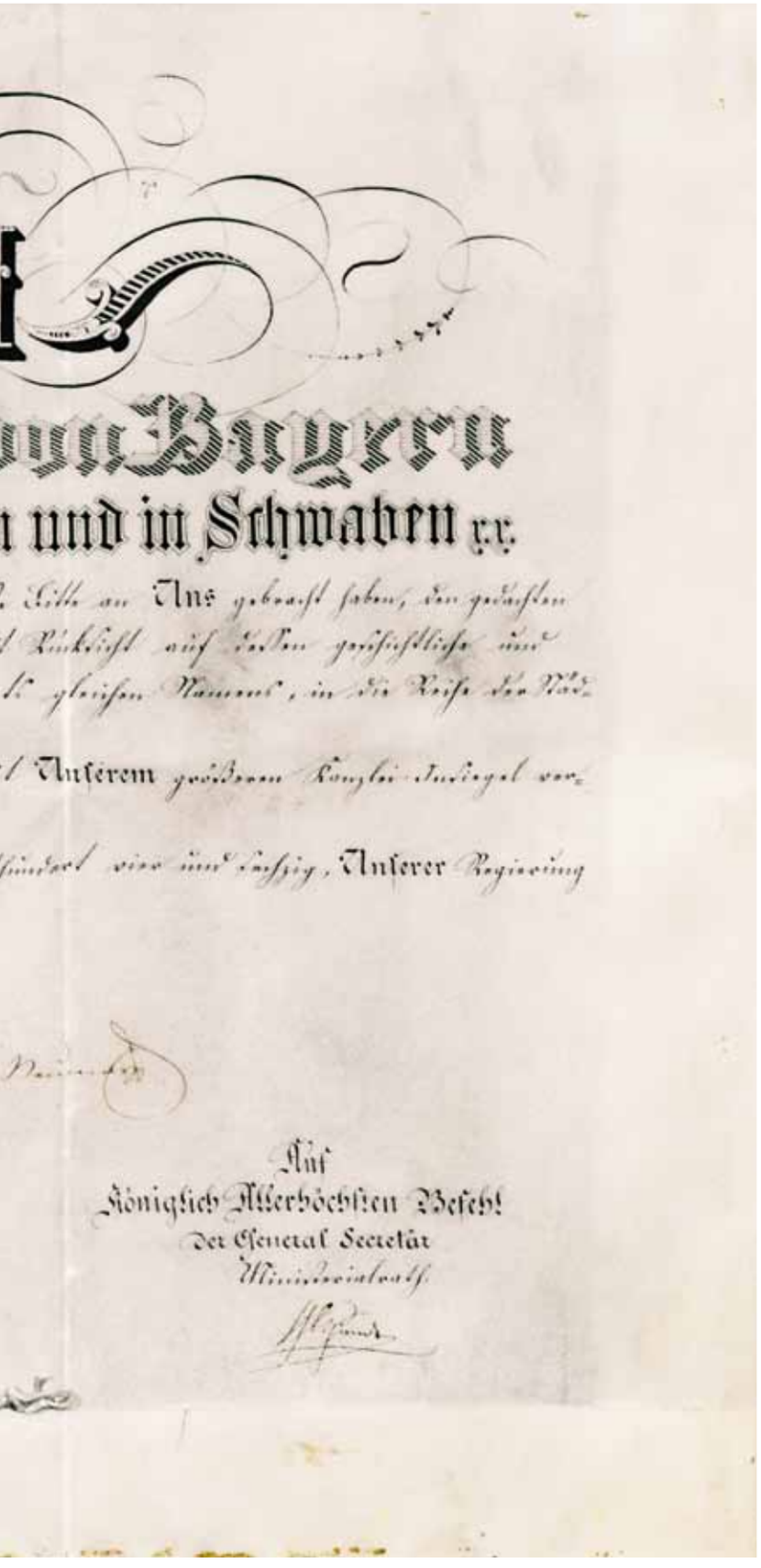
Urkunde

über die Aufnahme des Marktes

Rosenheim

unter die Zahl der Städte des Königreichs

Urkunde König Ludwigs II. über die Stadterhebung Rosenheims, Pergament, 1864.



Traunstein sowie die Beamten Rosenheims und Offiziere der Landwehr.

„Mittags wurden die Armen der Stadt bewirtet, nachmittags veranstalteten die Turner vor dem Wiesentor ein Schauturnen und die Landwehrmusik konzertierte im alten Bad. Bei einbrechender Dunkelheit strahlte die ganze Stadt in einem Lichtermeer, berichtet ein Zeitgenosse. Mit einer Festproduktion, welche von der Liedertafel und der Landwehrkapelle im Saal des Gasthauses ‚Zur alten Post' […] gegeben wurde, schloß der für Rosenheim denkwürdige Tag […]."[159]

Schon am 12. Dezember des Jahres wurde Rosenheim durch Ministerialreskript unter die Städte II. Klasse aufgenommen, was allerdings nach dem Gemeindeedikt mit der Aufstellung eines rechtskundigen Bürgermeisters verbunden war. An die obligatorische Dankadresse an den König schloss sich am 28. Dezember eine Audienz beim König an, bei der Dr. Rieder, der nun dem rechtskundigen Bürgermeister Dr. Friedrich Stoll Platz machen musste, und der Vorsitzende des Gemeindekollegiums, der Bierbrauereibesitzer Thomas Steinbök, nochmals ihren Dank abstatten durften. Nach einem etwas langwierigen Prozess, den auch geplante Gesetzesänderungen zum Kommunalwesen zusätzlich verzögerten, wurde Rosenheim schließlich am 8. Februar 1870 in die Reihe der Städte aufgenommen, die der Königlichen Regierung unmittelbar untergeordnet und damit kreisfrei gestellt waren. Rosenheim hat, so lässt sich durchaus formulieren, in wenigen Jahrzehnten Karriere gemacht. Dabei haben sich Beharrungsvermögen und Aufgeschlossenheit die Waage gehalten; wo Traditionswahrung und Modernisierungswille in Widerstreit gerieten, dominierte häufig das ökonomische Interesse, das auch für die entscheidenden Impulse dieses halben Jahrhunderts gesorgt hat: den Bau der Saline und die Errichtung der Eisenbahnverbindungen. Aus beiden technischen Innovationen sind für Rosenheim wegbereitende Kräfte erwachsen, die den Ort zur erfolgreichen Salzstadt und zur prosperierenden Eisenbahnstadt bis weit ins 20. Jahrhundert hinein werden ließen.